30 Jahre Arbeiter- und Bauernmacht in Albanien!

1H 20 150C
Beilage

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 48 vom 30. November 1974 | 8. Jahrgang | 50 Pfennig

Das ist die "offensive Verteidigung des Rechtsstaates"

Faschisierung wird vorangetrieben

„Wer die freiheitlich-rechtliche Ordnung, in der wir leben, beseitigen will, der muß damit rechnen, daß er auf den Widerstand der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes stößt." So Bundespräsident Scheel am Grab des Kammergerichtspräsidenten Drenkmann. Was Scheel da als „Mehrheit des Volkes" proklamierte, nahm sich allerdings mit 20 000 Kundgebungsteilnehmern recht jämmerlich aus. Waren vor 7 Jahren noch 70 000 Menschen einem ähnlichen Aufruf gefolgt, so war diesmal so offensichtlich, daß die Westberliner Werktätigen trotz angebotenem Sonderurlaub für Senatsangestellte und Schulen weggeblieben waren, daß „Bild" am nächsten Tag diesem vorher groß angekündigten „Bekenntnis zum Rechtsstaat" nur ein kleines Artikelchen auf der vierten Seite widmete.

Das Dilemma der Bourgeoisie, das sich hier so offenkundig zeigte, äußerte sich auch darin, daß an diesem Tag an die Stelle der Beschwörungen über den notwendigen Zusammenschluß aller Demokraten, zum Teil unverhohlene Drohungen traten. So Benda, Präsident des Bundesverfassungsgerichts: „Die Lauen müssen aufwachen. Denen, die es für geistreich hielten, Gewalt und Terror zu verharmlosen oder zu beschönigen, sollte das Entsetzen wenigstens die Sprache verschlagen." Innenminister Weyer von NRW meinte das Gleiche, als er davon sprach, daß man den Rechtsstaat „offensiv verteidigen" müsse.

Wie weit diese reaktionäre Gleichschaltung bereits geht, zeigt sich an den Rüffeln gegen Leute wie Höfer oder Bischof Scharf in Westberlin, bei denen die Bourgeoisie sich natürlich keineswegs um ihre Einsatzbereitschaft für die kapitalistische Bundesrepublik sorgt, die ihr aber nicht rigoros genug in den Hetzchor gegen den „Terrorismus" einfielen.

Zu dieser „offensiven Verteidigung des Rechtsstaates" gehören eine ganze Reihe von Maßnahmen, die auf der Innenminister- und Justizministerkonferenz zur baldigen gesetzlichen Verabschiedung beschlossen wurden. Dazu gehören neben „geheimen Beschlüssen", über die die bürgerliche Presse nichts verlauten ließ, die weitere Zentralisierung der Polizei unter Leitung des Bundeskriminalamtes, eine Verschärfung der Strafprozeßordnung, vor allem im Hinblick auf die kommenden RAF-Prozesse und das geplante Verbot von Literatur, die zur Anwendung von revolutionärer Gewalt aufruft. Daneben läuft im Bundestag gegenwärtig die Debatte über die Verabschiedung des „Radikalenerlasses", nach dem schon bisher zig kommunistische und andere klassenkämpferische Lehrer und andere Staatsangestellte aus ihrem Dienst entlassen worden sind.

Diese Maßnahmen sind ein Teil der weiteren Faschisierung des Staatsapparates, mit der die Bourgeoisie auf die anwachsenden Klassenkämpfe antwortet, mit der sie planmäßig die Errichtung einer offen faschistischen Diktatur zur Verteidigung ihrer Ausbeuterherrschaft gegen die proletarische Revolution vorbereitet. Dabei sind vor allem die von den Justizministern beschlossenen Punkte zur Änderung der Strafprozeßordnung direkt auf die zentrale Aufgabe des Faschismus, die Zerschlagung der kommunistischen Partei, die Folterung und physische Vernichtung ihrer Mitglieder und Anhänger gerichtet. Der beabsichtigte Ausschluß bereits inhaftierter Revolutionäre von den Prozessen und die Überwachung der Verteidigerbesuche bzw. die Ausschaltung fortschrittlicher Rechtsanwälte und ihre Ersetzung durch Zwangsverteidiger zeigen das deutlich.



Tausende demonstrieren in Hamburg gegen Vernichtungshaft und Isolationsfolter

Fortsetzung auf Seite 6

30. Jahrestag der Befreiung

ALBANIEN

Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa!

KPD/ML

Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten

An diesem 29. November kann das albanische Volk den 30. Jahrestag seiner Befreiung und des Triumphs der Volksrevolution feiern. In diesen 30 Jahren hat das albanische Volk unter der Führung der Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze großartige Erfolge beim Aufbau des Sozialismus unter den schwierigen Bedingungen der imperialistisch-revisionistischen Einkreisung errungen und ist zu einem Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa geworden. Deshalb feiert nicht nur das albanische Volk diesen Tag mit großer Begeisterung, an seiner Seite freuen sich die Proletarier und unterdrückten Völker der ganzen Welt. Für die westdeutsche Arbeiterklasse und ihre Partei, die KPD/ML, nimmt Genosse Ernst Aust an den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag in Albanien teil. Das Zentralkomitee der KPD/ML sandte dem albanischen Volk und seiner Partei eine Grußadresse, die wir auf Seite 5 abdrucken.

Nieder mit den Lügen der Bourgeoisie!

Der Kampf gegen die Isolationsfolter ist gerecht!

Auch nach dem Mord an Holger Meins führen die politischen Gefangenen ihren Hungerstreik gegen Isolierhaft, gegen diese grausame Folter, mit der sie gebrochen werden sollen, fort. Mit dem Hungerstreik die Beseitigung der Isolationshaft durchsetzen, um als Revolutionäre den Kampf weiterführen zu können – oder an der Isolationsfolter zugrunde gehen, das ist die Alternative der politischen Gefangenen, die z. T. seit Jahren in Isolierhaft gehalten werden.

In den Zeitungen der Bourgeoisie liest sich das allerdings anders: „Selbstmordwütige Fanatiker", die der Staat umhegt und umsorgt, um sie am Leben zu erhalten. Mehr noch: Dem Staat wird vorgeworfen, es wird zuviel getan für „diese Verbrecher". Die Bildzeitung klagt: „500 000 hat der Hungerstreik schon gekostet". Sie sagen es nicht offen, aber stets klingt ihre Frage an: „Ist das nicht viel zu viel für die? Kann man da nicht kurzen Prozeß machen?" Die Frankfurter Rundschau arbeitet da ganz auf ihre Art: Über den Berichten auf Seite 2 zu den politischen Gefangenen usw. prangt ein großer fünfspaltiger Kasten zur Lynchjustiz der israelischen Zionisten: „Die rasende Menge warf die toten Terroristen aus dem Fenster und verbrannte sie"! Der Nazi-Propagandist Streicher hätte das unter den heutigen Bedingungen nicht besser erledigen können.

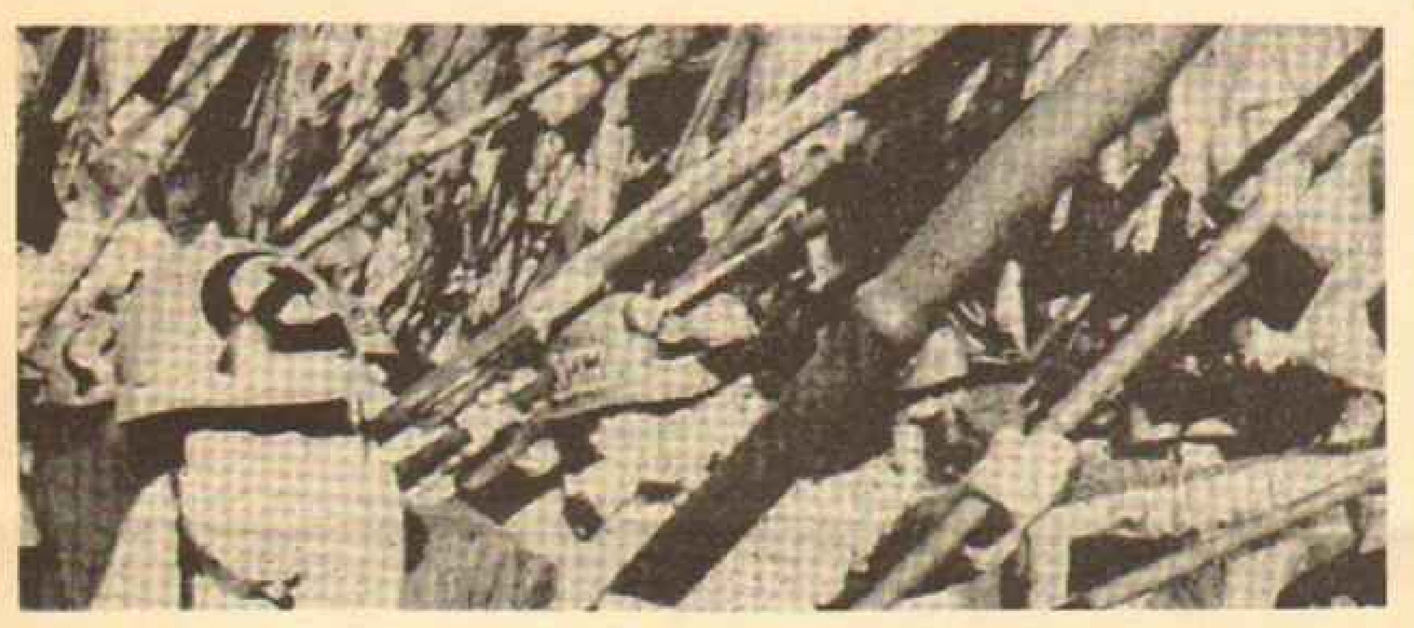
Fortsetzung auf Seite 6

Ford und Breschnew in Wladiwostok: Treffen gegen die Völker

In Wladiwostok trafen der amerikanische Präsident Ford und das Oberhaupt der sowjetischen Sozialimperialisten Breschnew zusammen, um über verschiedene Fragen ihrer weiteren Zusammenarbeit zu verhandeln und ihren Schacher um Einflußbereiche und Machtansprüche fortzuführen. Ford war zuvor in Japan gewesen und hatte auch dem faschistischen Regime von Park Chung-hi in Südkorea einen Besuch abgestattet.

Es war in Wladiwostok das erste Treffen zwischen den Chefs beider Supermächte, nachdem Ford Nixon abgelöst hat. **Die Gespräche und Abkommen in Wladiwostok haben gezeigt, daß sich die Politik der beiden Supermächte durch das Auswechseln von Nixon gegen Ford um keinen Deut verändert hat. Nach wie vor versuchen diese beiden aggressiven und imperialistischen Mächte, die Welt unter sich aufzuteilen, wobei sie sich immer mehr in die Haare geraten.**

Gewiß ist es kein Zufall, daß das Treffen der Oberhäupter der beiden Supermächte ausgerechnet in Wladiwostok stattfindet und nicht wie gewöhnlich in Moskau hinter den Türen des Kreml: Wladiwostok liegt auf chinesischem Territorium, das China von den Zaren gestohlen worden ist, auf das die Volksrepublik China heute jedoch keinen Anspruch erhebt. Von den sowjetischen Sozialimperialisten aber ist es eine offene Provokation, nur wenige Kilometer von der chinesischen Grenze auf früherem chinesischen Territorium Komplotte mit den US-Imperialisten zu schmieden. **Es zeigt, daß die alten Zaren würdige Nachfolger gefunden haben, die in ihre Fußstapfen getreten sind.**



Tausende demonstrierten in Tokio militant gegen den Ford-Besuch.

Im Mittelpunkt ihrer Verhandlungen stand die sogenannte Abrüstung der strategischen Waffen, ein erweitertes SALT-Abkommen. Beide Supermächte geben sich in diesen Verhandlungen den Anschein, als bemühten sie sich die Rüstung zu beschränken, ein Gleichgewicht der Kräfte herzustellen, um so den Frieden zu sichern. Tatsache aber ist, daß sie ihr Wettrüsten immer mehr beschleunigen. Das haben verschiedene Institute zur Rüstungsforschung an Hand der Tatsachen bewiesen, das beweisen beide Supermächte ständig selbst, indem sie mit immer neueren und umfangreicheren Waffensystemen protzen. In Wahrheit hat keine der beiden Supermächte im Sinn, ihre Rüstung zu beschränken, sondern zielen beide darauf ab, sich gegenseitig zu übertreffen. Auch die ständigen Verhandlungen über SALT sind Ausdruck dieses Schachers. Ihre Abkommen über Abrüstung dienen vielmehr dem gemeinsamen Vergleich ihrer Systeme sowie vor allem als Vorwand, um die anderen Länder der Welt zur Abrüstung zu verpflichten und damit eine immer tiefere Kluft zwischen der Rüstung der anderen Länder und ihrer eigenen zu schaffen. Auf diese Weise dann versuchen sie ständig diese Länder zu erpressen, sie sich gefügig zu machen. Zum einen wählen sie dabei die Methode der offenen Bedrohung, zum anderen die, daß sie sich als Schutzmacht anempfehlen unter versteckten Drohungen.

In Wladiwostok ist in Wahrheit kein einziges Problem der Abrüstung gelöst worden, sondern ist die Runde zu noch stärkerem Wettrüsten eingeläutet worden.

Ein weiteres wichtiges Thema bei den Gesprächen zwischen Ford und Breschnew war am zweiten Tag die Lage im Nahen Osten, die sich in den letzten Tagen mit den Kriegsdrohungen der israelischen Zionisten und ihren Überfällen auf den Libanon weiter verschärft hat. Es ist gewiß, daß bei diesen Gesprächen die US-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten ihren gemeinsamen Fahrplan für die nächste Zeit in diesem Raum festgelegt haben, um weiterhin die arabischen Völker vom Kampf für ihre gerechte Sache abzuhalten und die Spannungen zu steigern.

Das zeigt auch das Wirtschaftsabkommen, das zwischen beiden Supermächten geschlossen wurde: Dafür, daß die sowjetischen Sozialimperialisten von den USA die Meistbegünstigungsklausel zugesprochen bekommen, werden die Moskauer Kremlzaren sowjetische Bürger nach Israel liefern, die den israelischen Zionisten den Rücken stärken. Das entlarvt deutlich, daß die sowjetischen Sozialimperialisten nicht anders als die USA den Kampf der arabischen Völker niederhalten wollen. **Zwar finden die Sowjetrevisionisten in Reden, Resolutionen und Zeitungsartikeln einige freundliche Worte für die Palästinenser und die arabischen Länder, um ihre Maske des „Antiimperialismus" zu wahren, doch all ihre Handlungen, von eingeschränkten Waffenlieferungen bis zur Unterstützung Israels durch Sowjetbürger richten sich gegen den Kampf der arabischen Völker und sabotieren ihn.**

Ebenso konferierten die Vertreter der beiden Supermächte über die „Fragen der Sicherheit in Europa". Auch hierbei entsprachen ihre Verhandlungen ihren imperialistischen Interessen, nicht aber den Interessen der Völker. Für die beiden Supermächte heißt „Sicherheit" lediglich, ständige Abgrenzung ihrer Herrschaftsbereiche, wobei einer versucht, den anderen übers Ohr zu hauen, auf Kosten seines Herrschaftsbereiches die eigene Macht zu erweitern.

Bisher hat noch jedes Abkommen, jedes Treffen der beiden Supermächte für die Völker die Gefahr eines neuen großen Weltkrieges erhöht. Das ist auch ein Grund, warum die Völker der Welt diese beiden aggressiven imperialistischen Mächte, die eine wie die andere so hassen, ihre Wachsamkeit erhöhen und ihre Kampfanstrengungen verstärken.

Ford bekam diesen Haß zu spüren, als er wenige Tage vor seinem Treffen mit Breschnew Japan besuchte. Dort hatten bereits seit Wochen Hunderttausende gegen den Besuch Fords in Massenkundgebungen und Demonstrationen protestiert. Sie forderten den Abbau der amerikanischen Militärbasen, den unverzüglichen Abzug von US-Atomwaffen und von der Sowjetunion die Rückgabe der nördlichen Gebiete Japans. Sprengsätze gingen in der sowjetischen und in der amerikanischen Botschaft hoch. **160 000 Polizisten standen bereit, als Ford japanischen Boden betrat, um ihn vor der Wut der Massen zu schützen. Noch während seiner Ankunft demonstrierten in Tokio zigtausende Arbeiter, Werktätige und Studenten. Ein Proteststreik der Eisenbahner legte den gesamten Verkehr lahm. Unter den Fahnen der Kommunistischen Partei Japans (Revolutionäre Linke) demonstrierten tausende militant gegen die Anwesenheit des US-Oberhauptes. Dabei kam es zu schweren Auseinandersetzungen mit den Polizeikräften.**

Als Ford dann nach Seoul flog, um das faschistische Regime der Park Chung-hi-Clique seiner Unterstützung zu versichern, kam es auch dort am Vorabend des Besuches trotz der faschistischen Bedingungen zu einer Protestdemonstration. Polizeitruppen wurden eingesetzt, um die Demonstration auseinanderzuknüppeln.

Diese Kämpfe zeigen, wie die Völker sich immer mehr gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte, gegen ihre Komplotte und ihre Kriegstreiberei erheben. Schließen wir uns mit diesen Völkern fest zusammen, um von ihnen zu lernen und gemeinsam mit ihnen Schulter an Schulter die beiden Supermächte noch entschiedener und wirkungsvoller zu bekämpfen.

Gegen die westeuropäische Arbeiterklasse – Für Bonns Vorherrschaft: Brandts EG-Notprogramm

Wachsende Arbeitslosigkeit, steigende Inflation, Stagnation und Rückgang der Produktion sind Kennzeichen der gegenwärtigen Lage der EWG-Länder. Sie alle sind mehr oder minder von der weltweiten kapitalistischen Wirtschaftskrise erfaßt. Zunehmend erheben sich die Werktätigen mit machtvollen Streiks und Demonstrationen dagegen, um ihre Lebensinteressen zu verteidigen. Angesichts dieser für die EG-Imperialisten schwierigen Lage hat der SPD-Vorsitzende und ehemalige Kanzler Brandt ein „Notprogramm für die Selbstbehauptung Europas" vorgeschlagen.

Brandt fordert in seinem „Notprogramm", daß ein permanentes Krisenmanagement, ein ständiger Krisenstab der EG geschaffen werde, der das Vorgehen der verschiedenen Regierungen koordiniert. Dieser Krisenstab soll auf höchster Ebene, von den Präsidenten der EG-Länder selbst gebildet werden, damit einmal gefaßte Pläne sofort und direkt verwirklicht werden können.

Praktisch bedeutet das, daß die Kämpfe der französischen, italienischen und britischen Werktätigen, die zu Hunderttausenden im Streikkampf stehen, und in machtvollen Demonstrationen ihre Kampfentschlossenheit zum Ausdruck bringen, nicht mehr nur national, von der eigenen Bourgeoisie unterdrückt werden, sondern daß die westeuropäischen Imperialisten im Rahmen der EG koordiniert gegen die Werktätigen Westeuropas vorgehen sollen.

Brandt schlug auch gleich eine gemeinsame Maßnahme vor: Die Regierungen sollten noch enger mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten. Es ist klar, damit ist gemeint, daß Kapital, Staat und imperialistische Gewerkschaftsführer Lohnraub und Betrug noch mehr vorantreiben sollen und insbesondere die Gewerkschaftsführer sich voll ins Zeug legen sollen, den Kampf der Werktätigen Westeuropas zu sabotieren.

Doch Brandt will nicht nur die verschärfte Unterdrückung der Werktätigen und des Sozialismus in Westeuropa, sondern sein Notprogramm beansprucht darüberhinaus eine besondere Rolle für die westdeutschen Imperialisten in der EG: eine stärkere Machtposition. Man müsse zwischen den wirtschaftlich starken und den schwachen Ländern der EG mehr differenzieren, meinte Brandt, „den gemeinsamen Rahmen erhalten und das Dach stärken." Das heißt, daß die schwächeren britischen und italienischen Imperialisten zwar in der Gemeinschaft verbleiben sollen, aber kurztreten und sich der Macht der Stärkeren fügen müssen. Die westdeutschen Imperialisten versuchen damit, die Situation der Krise, wo die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus die imperialistischen Machtverhältnisse erschüttert, für sich zu nutzen zur Festigung und zum Ausbau ihrer Machtposition in der EG.

Brandts „Notprogramm zur Selbstbehauptung" ist ein Programm, das die gemeinsamen Interessen der westeuropäischen Imperialisten und insbesondere die der westdeutschen Imperialisten widerspiegelt und gerichtet ist gegen die Interessen der Werktätigen Westeuropas. Wie die westdeutschen Imperialisten sich gegen das Proletariat zusammenschließen, wird sich auch das Proletariat der westeuropäischen Länder enger zusammenschließen, um seinen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung immer mächtiger zu führen.

Bundes"Spitzel"dienst.. "Das scharfe Schwert der Demokratie"

Große Aufregung und Empörung herrscht z. Z. in der bürgerlichen Presse über die Tatsache, daß der Bundesnachrichtendienst entgegen seinem Auftrag Politiker aller Parteien, Journalisten, Zeitungsverleger, Schriftsteller und andere „prominente" Persönlichkeiten bespitzelt und geheime Akten über sie angelegt hat. Der Guilleaume-Ausschuß hat sich in den letzten Monaten hauptsächlich mit diesem Thema beschäftigt und reiste extra nach München, um den ehemaligen Chef des BND, Gehlen, zu vernehmen, der natürlich abstritt, irgendeine illegale Spitzeltätigkeit durchgeführt zu haben.

Warum jetzt diese Aufregung und Empörung? Tatsache ist, daß alle diese Dinge schon seit Jahren bekannt waren, und daß sich bisher noch niemand sonderlich darüber aufgeregt hat. Das geschah erst, als die bürgerlichen Politiker die illegalen Praktiken des BND in Zusammenhang mit der Guilleaume-Affäre selbst enthüllten und ihre schmutzige Wäsche in der Öffentlichkeit wuschen. Die Tatsache, daß der BND, der laut offizieller Propaganda der Bourgeoisie dazu da ist, „die Demokratie zu schützen und zu verteidigen", so offen sogar die bestehenden Gesetze bricht, skrupellose und hinterhältige Methoden anwendet, um in den Besitz von Informationen zu gelangen, muß die Bourgeoisie unter allen Umständen als untypisch und als Vergehen bestimmter einzelner Personen hinstellen.

Natürlich geht es dabei nicht hauptsächlich darum, daß sich die Kapitalisten und ihre Politiker selbst bespitzeln, das zeigt nur die Fäulnis und Verkommenheit der imperialistischen Bourgeoisie. **Was vertuscht werden soll, ist die Tatsache, daß die Imperialisten ihre Geheimdienste brauchen, um das Volk zu bespitzeln und zu kontrollieren, um die revolutionäre Bewegung und besonders die Partei zu zersetzen, um ihre Ausbeuterordnung zu schützen und zu verteidigen.**

Mit der Verschärfung der Klassenkämpfe erweitern die Imperialisten die Tätigkeit der Geheimdienste, zentralisieren und straffen sie ihren Apparat, koordinieren sie ihre Spitzeltätigkeit. Der Ausbau der Tätigkeit der Geheimdienste ist ein Element der Faschisierung des gesamten Staatsapparates. Wenn in Zukunft die Lehrer vor ihrem Dienstantritt auf ihre „Verfassungstreue" hin überprüft werden, dann heißt das nichts anderes, als daß die Menschen eines ganzen Berufszweiges, ihrem Beruf bald nur noch nachgehen können, wenn ihnen der Verfassungsschutz „politische Unbedenklichkeit" bescheinigt.

Um ihre wirklichen Absichten zu vertuschen und das Volk zu betrügen, propagiert die Bourgeoisie jetzt die Geheimdienste als das „scharfe Schwert der Demokratie", die die „freiheitlich-demokratische Grundordnung schützen".

Sie stößt dabei auf große Schwierigkeiten. Nicht umsonst heißt es z. B. im Volksmund: Der größte Lump im ganzen Land ist und bleibt der Denunziant. Jahrzehntelang standen an der Spitze der Geheimdienste solche offenen Faschisten wie Gehlen und Schrübbers.

Heute verschärfen die Geheimdienste im Rahmen der Faschisierung des gesamten Staatsapparates die Bespitzelung und Kontrolle des Volkes, um die Ausbeuterordnung der Bourgeoisie aufrechtzuerhalten und die proletarische Revolution zu verhindern.

Kurz berichtet

WESTBERLIN

Der Kampf der Partei für die Einbürgerung des Genossen Sascha Haschemi, den die bürgerliche Klassenjustiz an das faschistische Regime in Persien ausliefern will, geht weiter. Insbesondere die Genossen der ROTEN GARDE setzen sich dafür ein, daß durch breite Solidaritätsbewegung der geplante Schreibtischmord an Sascha verhindert wird.

Die Stadtteilzelle der ROTEN GARDE in Westberlin im Wedding schrieb am 1.11.74 einen Brief an Sascha, in dem es unter anderem heißt:

„Lieber Genosse Sascha! Wir haben als Stadtteilzelle der RG im Bezirk Wedding in Berlin West am Samstag den 27.10.74 eine Veranstaltung durchgeführt, weil zwei Rotgardisten, die als Erzieher in einem evangelischen Jugendfreizeitheim gearbeitet haben, entlassen worden sind." Bei dieser Veranstaltung wurden zur Unterstützung von Sascha, der bereits seit acht Monaten im Untergrund leben muß, 109 DM und 9 neue Unterschriften gesammelt.

Die beiden entlassenen Genossen hatten an ihrem Arbeitsplatz als Rotgardisten gekämpft und zum Beispiel am Roten Antikriegstag zusammen mit den Jugendlichen eine Wandzeitung gemacht, die nicht nur die Schrecken des imperialistischen Krieges zeigte, sondern auch, daß es die Imperialisten sind, die die Schuld daran tragen. Sie hatten den Jugendlichen erklärt, daß nur die sozialistische Revolution einen erneuten imperialistischen Krieg verhindern kann.

„Das war für die Kirchenbonzen zuviel. Sie sahen, daß hier Kommunisten am Werk waren, die die Kirche mit ihrem Geschwätz von „liebe deine Feinde", Gewaltlosigkeit, mit ihrer idealistischen Weltanschauung, daß der Mensch ohne „Gott" sowieso nichts kann, klar als Handlanger der Bourgeoisie entlarvten." Die Genossen sollten zunächst mit einer Dienstanweisung eingeschüchtert werden, die ihnen verbot, die Partei zu propagieren und für die gewaltsame Revolution einzutreten. Als Antwort darauf sammelten die beiden Rotgardisten eine Rote Fraktion aus Jugendlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern des Hauses um sich und wiesen in einem offenen Brief diese Dienstanweisung zurück. Die Kirchenbehörde hat den beiden Genossen inzwischen gekündigt und droht gleichzeitig, das Haus zu schließen. Die ROTE GARDE Wedding hat den Kampf dagegen mit einem Flugblatt und mit dieser Veranstaltung Ende Oktober aufgenommen, bei der 30 Kollegen und Genossen anwesend waren. Zum Schluß des Briefes heißt es:

„In unserem Kampf gegen politische Unterdrückung stehen wir fest an Deiner Seite. Wir haben aus Deinem Kampf gelernt und werden ihn weiter in die Massen tragen."

KORREKTUR

1. Im RM Nr. 46/74, in einem Artikel über die FRAP-Demonstration in Westberlin, wurde irrtümlich geschrieben, daß die versuchte Festnahme eines Genossen verhindert werden konnte. Das war aber nicht möglich.

2. Beim Abdruck des Gedichtes: „Pressekonferenz über Holger Meins" ist uns ein sinnentstellender Satzfehler unterlaufen. Anstelle der im RM Nr. 47 abgedruckten letzten Verszeile:
SELBSTMORD IST UNS RECHT!
muß es richtig heißen:
SELBST MORD IST UNS RECHT!

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06-466, Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert.) Tel. 0231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Karin Wagner, Dortmund. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36, Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig, Abonnement 25 DM für ein Jahr (52 Ausgaben) Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Einen Röpke lässt Klöckner nicht verkommen

Anfang November erfuhren die Kollegen von Klöckner Bremen plötzlich, daß sie einen neuen Betriebsratsvorsitzenden und einen neuen stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden hatten. Nicht nur die Kollegen, sondern auch die Vertrauensleutevollversammlung waren vor vollendete Tatsachen gestellt worden.

Anlaß für den Wechsel im Betriebsrat war die Tatsache, daß Heinz Röpke, früher Präsidiumsmitglied der D„K"P und Betriebsratsvorsitzender bei Klöckner, in betrunkenem Zustand eine Schlägerei mit einem anderen Betriebsratsmitglied, ebenfalls D„K"P-Mitglied, angefangen hatte. Diese Schlägerei nahmen andere Betriebsratsmitglieder der SPD zum Anlaß, um von Röpke seinen Rücktritt zu fordern. Röpke ging darauf ein – um sich wenige Tage darauf erneut der Wahl zum 2. Betriebsratsvorsitzenden zu stellen – und gewählt zu werden.

Nicht nur die D„K"P, sondern auch der „Mitmischer", die Betriebszeitung einer rechtsopportunistischen Gruppe, versucht diese Ereignisse als Kesseltreiben gegen einen kämpferischen Betriebsrat darzustellen. Das ist allerdings nicht das erstemal, daß unter Ausnutzung aller Mittel versucht wird, Röpke als „Arbeitervertreter" hochzujubeln. Röpke, der sich vor allem bei den Septemberstreiks 1969 das Vertrauen vieler Kollegen erschlichen hatte, wurde 1970 in den Betriebsrat gewählt. Aber schon bald zeigte sich, daß er mit den Kapitalisten und dem reaktionären IGM-Apparat gemeinsame Sache gegen die Kollegen machte. Beim Streik 1973 stellte Röpke sich so offen gegen die 60 Pfennigs-Forderung der Kollegen und propagierte stattdessen 30 Pf. mehr Lohn, daß die Klöckner-Kapitalisten es für notwendig hielten, sein Ansehen durch einen „Rausschmiß" wegen des Streiks wieder aufzumöbeln. Praktische Konsequenzen hatte diese Entlassung allerdings nie, und wie die Betriebszelle der Partei bei Klöckner vorausgesagt hatte, wurde Röpke bei einem Arbeitsgerichtsprozeß im Oktober dieses Jahres auch wieder eingestellt. Denn als das Gericht die Klöckner-Kapitalisten aufforderte, Zeugen für die Streikbeteiligung Röpkes zu nennen, da lehnten sie das ab.



Klöckner-Arbeiter in Düsseldorf demonstrieren im Juni 1973 gegen Stillegung

Bei dem Gerangel im Betriebsrat geht es also nicht um den Kampf von reaktionären Betriebsräten gegen einen „aufrechten Arbeitervertreter", sondern vielmehr um ein Postengerangel, wie wir es zum Beispiel auch aus dem Bundestag gewohnt sind. Daß Röpke, der sich besäuft und sich mit einem Mitglied seiner eigenen Partei prügelt, trotzdem weder in seiner Partei noch im Betriebsrat etwas Ernsthaftes passiert, das zeigt die völlige Verrottung dieser angeblich kommunistischen Partei, dieses Betriebsrates.

Unsere Genossen bei Klöckner schreiben:

„Die Mehrheit der Kollegen sieht die Auseinandersetzungen im Betriebsrat als Rangelei zwischen verschiedenen Cliquen um die Posten – darum, wer uns besser im Auftrag der Kapitalisten betrügen kann. Einige Kollegen ziehen daraus zwar noch den falschen Schluß: „Die Politik muß aus dem Betriebsrat rausbleiben", die fortschrittlichen Kollegen allerdings beginnen zu sehen, daß die Klöckner-Kollegen Betriebsräte brauchen, die unversöhnlich gegenüber dem Kapital ausschließlich die Interessen der Arbeiterklasse vertreten – gegen den DBG-Apparat, das Kapital und die Regierung. Sie beginnen zu überlegen, wie bei den kommenden Betriebsrätewahlen eine eigene oppositionelle Liste aufgestellt werden kann. **Es wird Aufgabe der Parteizelle sein, die völlige Verrottung der modernen Revisionisten als Konsequenz ihres Verrats am Kommunismus aufzuzeigen und die fortschrittlichen Kollegen für den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zu gewinnen."**

Kampf der Kollegen im "öffentlichen Dienst" hat die Unterstützung der Bevölkerung

„Ich glaube nicht, daß dadurch die Verhandlungen erleichtert werden" – das ist die Antwort von ÖTV-Boß Kluncker (Bild vom 22. 11.) auf die Ankündigung des Bundesfinanzministers, er wolle es auf einen Streik ankommen lassen. Ansonsten gilt die ganze Sorge des ÖTV-Apparats dem Ziel, die Tarifverhandlungen zum schnellen Lohnraubabschluß zu bringen. Kluncker mag das Wort „Forderung" gar nicht in den Mund nehmen und spricht in dem bereits erwähnten Bild-Interview von einer „Lohnerhöhungsempfehlung", die – wie er triumphierend verkündet – „unter 10 % liegt".

So haben sich ÖTV-Apparat und Staatsapparat, der gegenüber den Kollegen des „öffentlichen Dienstes" ja direkt als „Arbeitgeber" auftritt, die Sache gedacht. Aber Kluncker weiß auch, wie groß die Empörung vieler Kollegen darüber ist, daß der ÖTV-Apparat die 50 DM + 6%-Forderung zu diktieren versucht, ohne daß die ÖTV-Mitglieder auch nur die geringste Gelegenheit hätten, Höhe und Art der Forderungen für die Tarifbewegung zu diskutieren.

Und Kluncker weiß, daß viele Kollegen in den letzten Wochen nach Frankreich geschaut haben, wo die Post-Kollegen einen harten Kampf führen. So wie die bürgerliche Hetze bei uns behauptet, ein Streik im „öffentlichen Dienst" sei nicht legitim, weil er zu große Belastungen für die Bevölkerung mit sich bringe, so trommelt auch die bürgerliche Presse in Frankreich, um die werktätige Bevölkerung gegen die kämpfenden Postler aufzuwiegeln. So wie bei uns der Bundesfinanzminister gerade rechtzeitig vor der Tarifbewegung das Bonner 55 Milliarden-Loch aufdeckte und behauptete, jedes Prozent mehr Lohn würde Inflation und Arbeitslosigkeit verschärfen, so hetzt auch die französische Regierung gegen den Streik der Postler und bezeichnet ihn als „Dolchstoß gegen die Wirtschaft" und droht ebenfalls verschärfte Inflation und Arbeitslosigkeit an.

Aber die von der französischen Bourgeoisie gegen die Postler inszenierte Hetzkampagne hat nichts gefruchtet. Es ist ihr nicht gelungen, die anderen Werktätigen gegen die Postler aufzuwiegeln: **Im Gegenteil: Zigtausende anderer Kollegen traten ebenfalls in den Streik und solidarisierten sich nachdrücklich mit den Forderungen der Postkollegen. Allein in Paris demonstrierten fast 100 000 Arbeiter und Angestellte für die Forderungen der Postler und für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen für alle Kollegen im „öffentlichen Dienst"**

In Frankreich hat sich gezeigt, daß das werktätige Volk voller Verständnis und Solidarität mit dem Kampf der Kollegen des „öffentlichen Dienstes" ist, obwohl der Streik der Kollegen für die Bevölkerung viele Unannehmlichkeiten mit sich bringt. In Frankreich zeigt sich deutlich die Rolle des imperialistischen Staatsapparates: Mit allen Mitteln versucht er, den Kampf der Kollegen des „öffentlichen Dienstes" zu unterdrücken, um im Interesse der Monopole ein Exempel für die anderen Branchen zu statuieren. Die französische Bourgeoisie hat die Armee gegen die Postler und Müllarbeiter als Streikbrecher eingesetzt.



IMMER NEUE LÜGEN, IMMER NEUE ENTLASSUNGEN

Ich arbeite in einem Westberliner Computerbetrieb mit ca. 100 Kolleginnen und Kollegen, davon sind ein Drittel Arbeiter und Arbeiterinnen. Im Verlauf dieses Jahres sind wir von der Geschäftsleitung schon oft verschaukelt worden, daß es jetzt jeder von uns – bis auf ein paar Ausnahmen – begriffen hat: Es gibt keine gemeinsamen Interessen zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern und kleinen Angestellten.

Im Frühjahr 74 wurden 95 Kollegen entlassen. Zwischen diese und die damals nicht entlassenen Kollegen trieb die Geschäftsleitung einen Keil, indem sie versprach, durch die Entlassungen der einen sei der Arbeitsplatz der anderen jetzt garantiert sicher. Das haben viele Kollegen geglaubt.

Im September wurde uns zugesagt, daß die vorhandenen Gelder bis Ende März 75 reichen. Im Oktober hieß es plötzlich, die Oktoberlöhne und -gehälter seien akut gefährdet, weil das Geld knapp sei. Vor allem wurde das Finanzamt angegriffen, das mit der Weigerung, die beantragte Investitionszulage zu zahlen, die Firma „direkt in den Konkurs treibe". (Die Firma ist eine KG und finanziert sich vor allem durch Steuertricks.) Mit dieser Panikmache gelang es der Geschäftsleitung sogar, die Belegschaft in der Mehrheit vor ihren Karren zu spannen und sie durch Lügen und Drohungen dazu zu bekommen, bei den Behörden um die sofortige Zahlung der Investitionszulagen zu bitten, damit die „Arbeitsplätze gesichert sind". Der Betriebsrat hat sich dagegen ausgesprochen, aber hat dann, weil die Belegschaftsmehrheit auf einer Betriebsversammlung dafür war, mit einigen Kollegen diese Bittgänge durchgeführt und den Kollegen dabei gezeigt, daß es sinnlos und eine Verhöhnung der Kollegen ist, wenn sie dafür betteln gehen sollen, daß den Kapitalisten die Steuergelder, die den Arbeitern und Angestellten abgepreßt werden, in den Rachen geworfen werden. Die Voraussagen des Betriebsrates, daß es eine Illusion sei, zu glauben, auf diese Weise würden die Arbeitsplätze und Löhne gesichert, wurde dann dadurch bewiesen, daß, obwohl eine Investitionszulage im Oktober gezahlt wurde, das Geld angeblich wieder „knapp" ist. Rund 10 Kollegen sollen bis Ende des Jahres auf die Straße fliegen, der Rest bis Februar kurzarbeiten. **Da ist bei vielen Kollegen der Groschen endgültig gefallen: es geht hier nicht um unsere Interessen, sondern um die der Kapitalisten und die werden – ganz egal wie – auf unsere Kosten durchgesetzt.**

IN MEINER ABTEILUNG IST EIN D„K"P-FUNKTIONÄR ...

Liebe Genossen,

ich werde Euch etwas schreiben, weil ich einige Wochen im Krankenhaus liegen muß. Ich arbeite mit einem D„K"P-Funktionär zusammen. So gibt es häufig starke Auseinandersetzungen, z.B. behauptete er, China hätte die Sowjetunion am Wusuli-Fluß angegriffen und würde Gebiete unrechtmäßig besetzt halten. Ich habe dann die Broschüre aus China gelesen. Da steht drin, daß die Sowjetregierung unter Lenin sofort nach der Befreiung vom zaristischen Joch die Verträge, in denen der Raub der chinesischen Gebiete durch das zaristische Rußland festgelegt war, für null und nichtig erklärt hat. Genauso steht es auch in dem Buch „Geschichte der Diplomatie", das nach dem 2. Weltkrieg, als Stalin noch lebte, in der Sowjetunion herausgekommen ist. Heute ist in den sowjetischen Büchern keine Rede davon mehr. **Daran kann man sehen, wie die neuen Zaren mit allen Mitteln ihre imperialistischen Machtgelüste vertuschen wollen, daß Stalin ganz im Sinne Lenins Politik gemacht hat und daß der Marxismus-Leninismus in der Sowjetunion seit Stalins Tod verraten wurde.**

Ziemlich häufig diskutieren wir auch über die nationale Frage. Ich hatte den ROTEN MORGEN vom vorletzten Jahr dabei mit dem Artikel „Die Mauer muß weg", den es auch als Plakat gibt. Den haben mehrere Kollegen gelesen. Unter anderem auch der D„K"P-Funktionär und ein Kollege, der der D„K"P ziemlich nahe steht. Nun ging das Geschimpfe der beiden los: „Das will der Strauß auch, eine gemeinsame Kultur gibt es nicht mehr, drüben ist sozialistische Kultur und auch die Sprache hat sich verschieden entwickelt" usw. Nun ja, die Kollegen dachten allerdings anders. Einer ging zu dem D„K"P-Funktionär und sagte: **„Hier, was die schreiben, das kann ich unterschreiben, aber was Ihr sagt, ist Mist."** Genossen, dieser Kollege ist bestimmt nicht für die Revolution – noch nicht. Aber der Vorfall zeigt, wie wichtig der Kampf der Partei in der nationalen Frage ist.

Als die Sache mit Holger und dem Richter passierte, war auf der Arbeit viel los. Einige Kollegen redeten sich ziemlich in Wut. Der D„K"P-Funktionär sagte: „Hier muß der Staat endlich einmal eingreifen. Das sind Kriminelle und keine „Politischen". Wenn Du so etwas unterstützt, können wir nicht mehr ernsthaft miteinander reden" usw. Und beim Tod des Genossen Günter sagte ein anderer D„K"P-Freund: „Selber schuld! Warum macht Ihr immer so viel Radau!" Typisch. **Schlägt der Klassenfeind einen von uns tot, sind wir selber schuld. Aber wird mal einer von den Geldsäcken hops genommen, dann verurteilen sie das und schreien nach den Machtorganen der herrschenden Klasse.** Natürlich sind wir mit Holger und Genossen in vielen Punkten nicht einverstanden, aber wir können doch zwischen Freund und Feind unterscheiden. **Und ich sehe die D„K"P und den Klassenfeind immer offener in einer Reihe stehen. Das ging ja schon mit der Gründung los, und man sieht, es hat sich fortgepflanzt.**

Rot Front!
Ein Sympathisant

Revisionistisches

LASSALLES GEIST IST WIEDER AUFERSTANDEN

Unter diesem Titel veröffentlichte die Nachrichtenagentur Hsinhua vor kurzem folgenden Artikel:

„In den vergangenen Jahren hat die sowjetrevisionistische Clique das sowjetische Volk wiederholt aufgerufen, „beharrlich zu arbeiten, um seinen Wohlstand zu erhöhen... „Und während seines Besuches in Uzbeck im September letzten Jahres schwätzte Breschnew: „Um den Wohlstand der Sowjets zu verbessern, gibt es nur einen verläßlichen Weg: Arbeiten, arbeiten und arbeiten."

„Der Wohlstand hat nur eine Quelle" „und das ist die Arbeit", „es gibt keinen anderen Weg, um den Wohlstand des Volkes zu heben, als die Arbeit", usw. usf. – diese Absurditäten kann man in zahlreichen Erklärungen anderer sowjetischer Führer und der sowjetischen Presse finden. Die Grundlinie für dieses ganze von der sowjetrevisionistischen Führungsclique vorgebracht Lügennetz wurde auf dem 24. Kongreß der sowjetischen Revisionisten festgelegt. Wenn man die Dokumente des 24. Kongresses der Sowjetrevisionisten durchgeht, findet man in den „Direktiven zum Fünfjahreswirtschaftsplan der UdSSR 1971 – 1975" solche ausgesprochen albernen Bemerkungen wie: „Die Arbeit ist die einzige Quelle des Reichtums" und nur mehr Arbeit könne größeren Wohlstand bringen.

Der Betrug, daß „die Arbeit die Quelle des Reichtums" und daß „die Arbeit die einzige Quelle des Wohlstands ist", erinnert einen an den notorischen Opportunisten Ferdinand Lassalle. Vor mehr als 100 Jahren kam Lassalle mit dem Täuschungsmanöver heraus, „daß die Arbeitsteilung die Quelle allen Reichtums ist.' Später ging das opportunistische Gothaer Programm erneut mit diesem zwielichtigen Zeug hausieren und behauptete, „Die Arbeit ist die Quelle allen Reichtums und aller Kultur" – nur um von den großen proletarischen revolutionären Lehren Marx und Engels zurückgewiesen zu werden.

In seiner Kritik des Gothaer Programms wies Marx eindringlich darauf hin, daß der Haken bei der Lassallschen Absurdität der ist, daß er es „vermeidet, zu erwähnen, wer die stofflichen Bedingungen für die Arbeit oder die Produktionsmittel besitzt."

Über 100 Jahre sind vergangen, aber Lassalles Geist ist im Kreml wieder auferstanden. In der Sowjetunion, wo der Kapitalismus wiedererrichtet worden ist, ist das überhaupt nicht überraschend. Breschnew und Kompanie versuchen, die täglich wachsenden Klassenwidersprüche in der Sowjetunion zu vertuschen, und sie treiben das Volk an, für die sowjetrevisionistische Renegatenclique hart zu arbeiten, um ihre reaktionäre Herrschaft zu stützen. Unter der Herrschaft der sowjetrevisionistischen Renegatenclique werden die breiten Massen der sowjetischen Werktätigen wieder von einer Handvoll bürokratischer Monopolkapitalisten ausgebeutet und geschröpft. Für den sogenannten Wohlstand zu arbeiten, heißt in der Sowjetunion von heute in Wirklichkeit, sich für die „Privilegien" einer Handvoll von bürokratischen Monopolkapitalisten zu plagen und seinen Schweiß für sie zu vergießen. Diese privilegierte Klasse besitzt durch Profite und Steuern umsonst den großen Reichtum, der von der Arbeiterklasse geschaffen wurde und saugt gierig das Blut der Werktätigen durch Prämien und hohe Gehälter ebenso wie durch andere Extra-Einkommen. Einige Arbeiter sagten entrüstet: „Die Führer und Direktoren haben,was sie wollen: Autos, Villen usw... Aber wir Arbeiter haben nur zwei Hände." Das meint die sowjetrevisionistische Renegatenclique in Wirklichkeit, wenn sie zungenfertig predigt, für den „Wohlstand" zu arbeiten.

„Den Wohlstand des Volkes zu verbessern" ist nur ein Vorwand, während der eigentliche Zweck ist, das Volk zur Arbeit anzutreiben. Die sowjetrevisionistische Clique treibt das Volk an, für sie „zu arbeiten, zu arbeiten und zu arbeiten",und sucht in Wirklichkeit „Wohlstand, Wohlstand und Wohlstand" für eine Handvoll Leuten. Deswegen haben sie keine Skrupel, die zerfetzte Fahne Lassalles wieder aufzupflanzen, um das Volk zu betrügen. Offensichtlich kann Lassalle Breschnew nicht helfen, sondern dient im Gegenteil nur dazu, zu enthüllen, daß die alten und neuen Opportunisten Leute vom gleichen Schlage sind und dazu, dem sowjetischen Volk zu zeigen, daß Breschnew und seinesgleichen völlige Renegaten des Marxismus-Leninismus in Theorie und Praxis sind."

Erster Prozeß gegen Teilnehmer des Trauerzuges zu Ehren des Genossen Günter Routhier

"Sagen sie doch, dass dies eine verbotene Demonstration war!"

Am 19.11.74 fand in Duisburg der erste Prozeß gegen einen Genossen statt, der im Juni an der Beerdigung unseres Genossen Günter teilgenommen hat. Dieser Genosse hatte einen Strafbefehl über 300 DM wegen „Teilnahme an einer verbotenen Demonstration" erhalten, gegen den er Einspruch einlegte. Dieser Genosse ist nicht der einzige, der verurteilt werden soll, weil er dem von der Polizei ermordeten Genossen Günter Routhier die letzte Ehre erwiesen hat. Über 100 Trauergäste wurden damals festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Neben diesen Prozessen laufen die zig anderen Verfahren gegen Genossen, die Flugblätter verteilt oder presserechtlich verantwortlich unterzeichnet haben, in denen der kaltblütige Mord an unserem Genossen Günter nachgewiesen wurde oder über den Polizeiüberfall auf den Trauerzug berichtet wurde. Angeklagt sind nicht zuletzt auch die Genossen, die in der Arbeitsgerichtsverhandlung gegen den kommunistischen Mannesmann-Arbeiter Hanfried Brenner anwesend waren.

Die Tatsache, daß die Partei damals nach der Ermordung unseres Genossen Günter nicht zurückgewichen ist, sondern sofort mit tausenden von Flugblättern, Plakaten und im ROTEN MORGEN entlarvt hat, daß hier im Duisburger Arbeitsgericht ein politischer Mord verübt wurde, daß ein 45-jähriger Familienvater planmäßig und bewußt erschlagen wurde, weil er ein politischer Gegner der Ausbeuterklasse war, hat die Bourgeoisie damals in Panik versetzt. **Nicht weniger als jetzt bei der Ermordung des Genossen Holger Meins fürchtete sie auch damals vor allem, daß die Massen an diesem politischen Mord erkennen, daß die KPD/ML recht hat, wenn sie von Anfang an erklärte, daß dieser Staat ein Gewaltapparat in der Hand der Kapitalistenklasse ist, um die Arbeiterklasse mit blutigem Terror daran zu hindern, sich in der proletarischen Revolution zu befreien.**

Die Bourgeoisie wußte genau, daß die Beerdigung des Genossen Günter mit tausenden von Trauergästen in der Duisburger Bevölkerung nicht nur Anteilnahme und Empörung wecken, sondern zugleich als Beweis für den verbrecherischen Charakter der Bourgeoisie unauslöschlich in ihrer Erinnerung bleiben würde. Deshalb erhielt die Polizei im gesamten Bundesgebiet nicht nur Anweisung, die Anreise der Trauergäste zu verhindern, sondern es wurden systematisch Vorbereitungen getroffen, um diesen Trauerzug nachträglich in eine „verbotene Demonstration" von „Terroristen" zu erklären. Zu diesem Zweck wurde dem Fernsehen ein „Schlachtermesser" zugespielt, das es bereits am Abend desselben Tages in der Tagesschau zeigte, wurde in der gesamten bürgerlichen Presse die Lüge verbreitet, die Teilnehmer des Trauerzuges hätten extra zugespitzte Fahnenstangen, Messer usw. mit sich getragen. Gleichzeitig wurden die Trauergäste selber in dem Glauben gehalten, sie könnten Günter Routhier auf angemessene Weise die letzte Ehre erweisen. Frau Routhier, die den Trauerzug vorsichtshalber anmeldete, erhielt niemals ein Verbot zugestellt. Stattdessen überfiel die Polizei die zum Abmarsch bereitstehenden Trauergäste, verfolgte während des ganzen Tages jeden, der schwarz gekleidet war und nahm über 100 Menschen fest, die alle erkennungsdienstlich behandelt wurden. All ihr Terror konnte allerdings nicht verhindern, daß sich am Nachmittag doch noch ein Trauerzug von hunderten von Menschen formierte und er konnte erst recht nicht verhindern, daß dieser Tag für die Duisburger Bevölkerung zur Manifestation dafür wurde, daß die Duisburger Polizei tatsächlich einen politischen Mord begangen hatte.

Die Bourgeoisie wird in den kommenden Prozessen natürlich versuchen, mit Gerichtsurteilen zu erreichen, was sie mit Polizeiterror nicht geschafft hat: ihre Hände in Unschuld waschen und die Kommunisten als die wahren Kriminellen, als Verleumder dieses angeblich so demokratischen Staates hinzustellen.

Daß ihr das erhebliche Schwierigkeiten bereitet, zeigte sich bereits beim ersten Prozeß gegen einen Teilnehmer des Trauerzuges. Der angeklagte Genosse war nachmittags festgenommen worden, als die Polizei den Trauerzug, an dem auch die Angehörigen von Günter Routhier teilnahmen, mit einem Knüppeleinsatz überfiel und sogar noch auf den Trauerkränzen herumtrampelte. Zwei Polizisten hatten ihn, der eine rote Fahne trug, bis in einen Hinterhof hinein verfolgt, wo sie ihn packten und über einen mit Stacheldraht bespannten Zaun schleuderten. Befragt, warum sie ihn verfolgt hätten, erklärten drei Polizeizeugen, sie hätten Anweisung gehabt, die „Demonstration" auseinanderzujagen und vor allem Fahnenträger festzunehmen. Dem Richter paßten diese Aussagen nicht, **Offen versuchte er, die Polizisten zu beeinflussen: „Sagen Sie doch ruhig, daß Sie Befehl hatten, die Demonstration aufzulösen, weil sie verboten war."** Die Polizisten blieben jedoch dabei, daß sie Befehl hatten, den Zug aufzulösen, weil er „unfriedlich" gewesen sei. Nach einer Erklärung dafür befragt, erklärten sie, der „unfriedliche Charakter" sei durch die roten Fahnen und die Parolen bestimmt gewesen. Als auch nach mehrmaligem Befragen durch das bürgerliche Klassengericht kein Verbot für die Demonstration aus den Polizisten herausgefragt werden konnte, wurde der Trauerzug schließlich zu einem „Trauergeleit" erklärt, „das über den Rahmen eines normalen Trauergeleits hinausgehe und deshalb verboten werden müsse." Wegen Teilnahme an diesem Trauergeleit wurde der Genosse auch vom Gericht zu 300 DM Geldstrafe verurteilt.

Diese Tatsache, daß bereits im ersten Prozeß wegen „Teilnahme an einer verbotenen Demonstration" die bürgerliche Klassenjustiz aus dem angeblich so mannigfaltigen Waffenarsenal zum Beweis für die gewalttätigen Absichten der Trauergäste lediglich mit „roten Fahnen und Parolen" aufwartet, die Tatsache schließlich, daß von der „verbotenen Demonstration' genau genommen ebenfalls nichts mehr übrigbleibt, zeigt die schwachen Füße, auf denen die Lügen der Bourgeoisie stehen. Die Tatsache,daß der Genosse trotzdem verurteilt wurde, zeigt aber auch, daß die Bourgeoisie entschlossen ist, jeden, der den Kampf gegen den politischen Mord an unserem Genossen Günter geführt hat und führt, zu verurteilen.

Für die angeklagten Genossen und **für die Partei kann das nur heißen: die offensichtlichen Schwierigkeiten der Bourgeoisie bei der Vertuschung ihrer Verbrechen noch besser auszunutzen, die Prozesse vor den Massen zu einem Tribunal gegen die Mörder des Genossen Günter und ihre Auftraggeber zu machen und sie bewußt als Teil des Versprechens zu führen, das tausendfach am Grab des Genossen Günter gegeben wurde:**
Genosse Günter, wir werden Dich rächen, Revolution ist unser Versprechen!

Westberlin:

Wie man aus einem Dieb ein "Opfer der KPD/ML" macht

Am 21. November brachten einige bürgerliche Blätter, in Westberlin auch die Rundfunknachrichten, folgende Geschichte: In Westberlin sei der 26-jährige Heinz Stieben an seiner Wohnungstür von zwei Unbekannten niedergestochen worden. Zuvor sei Heinz Stieben auf Flugblättern der KPD/ML als „Arbeiterfeind" beschimpft worden. Einige Zeitungen fügten hinzu, im Hausflur habe in grüner Farbe „KPD/ML" an der Wand gestanden. Da der Verdacht bestehe, daß eine „linksradikale Gruppe für das Verbrechen verantwortlich ist, ermittle der polizeiliche Staatsschutz." (BZ)

Besagter Heinz Stieben ist bereits vor einigen Wochen groß als „Opfer der KPD/ML" herausgestellt worden. Am 23. Oktober konnte man in der Westberliner BZ auf der Titelseite lesen: „Berliner Junge von Radikalen aus dem Kindergarten entführt." Heinz Stieben hatte gemeinsam mit seiner damaligen Frau vor längerer Zeit Kontakt zur Partei aufgenommen. Obwohl er nie Kandidat, geschweige denn Mitglied der Partei war, trat er nach außen gleich groß als „Kommunist" auf. Sehr schnell stellte sich heraus, daß Heinz Stieben alles andere als Kommunist ist. Vor allem ist er ein lumpenproletarisches Element mit einem ausgesprochenen Hang zum „Kriminellen" (Automatenknacken usw.) und er versuchte ständig, auch seine Frau in solche Geschichten hineinzuziehen. Die Partei zog einen klaren Trennungsstrich zu ihm, und die Genossin ließ sich von ihm scheiden. Völlig klar wurde die Rolle des Heinz Stieben, als er im Betrieb Namen von Genossen an die Geschäftsleitung verriet. Daraufhin entlarvte die Partei Stieben in einem Flugblatt als Verräter und Feind der Arbeiterklasse.

Zur angeblichen „Entführung" ist zu sagen, daß der Genossin Erika Stieben selbst vom bürgerlichen Gericht das Sorgerecht für den fünfjährigen Sohn zugestanden werden mußte. Da sie von Heinz Stieben bereits mehrmals tätlich angegriffen worden war, wurde sie von Genossen begleitet, als sie ihren Sohn vom Kindergarten abholte.

Wenn jetzt dieser Heinz Stieben als Opfer eines von der KPD/ML inszenierten Mordanschlages vorgeführt wird, ist klar, woher der Wind weht. Gleich nach dem angeblichen Mordanschlag wurde die Genossin Erika von der Polizei festgenommen, mußte aber nach einigen Stunden wieder freigelassen werden. Ein anderer Genosse sollte von der Polizei verhört werden, aber er verweigerte die Aussage.

Was steckt hinter diesem „Mordanschlag"? – Sehen wir einmal davon ab, daß von dieser „blutigen Stecherei" an der Wohnungstür kein Hausbewohner etwas mitgekriegt hat, daß Stieben die angeblichen Angreifer mit einer Tränengassprühdose in die Flucht geschlagen haben will, die man normalerweise ja nicht unbedingt zur Hand hat, wenn man seine Wohnungstür öffnet, daß die laut Presseberichten ‚schweren Verletzungen' sich als ziemlich harmlose Schrammen herausgestellt haben, sehen wir also einmal davon ab, daß eine Menge dafür spricht, daß dieser „Mordanschlag" von Stieben persönlich und unter Umständen gleich in Zusammenarbeit mit dem „polizeilichen Staatsschutz' organisiert worden ist, dann ist es natürlich möglich, daß Stieben Streit mit seinem „einschlägigen Bekanntenkreis" gehabt hat.

Allerdings fällt es ziemlich schwer von diesen Tatsachen abzusehen. Denn obwohl einige Zeitungen Heinz Stieben gar in Lebensgefahr schweben sahen, rief Stieben sogleich die Polizei an sein Krankenbett, um zu berichten, daß er bereits vor einigen Wochen von der KPD/ML bedroht worden sei. Und wiederum zufällig fiel ihm auch gleich noch der Name eines Genossen ein, der wiederum zufällig im gleichen Haus wohnt, wie die Sozialarbeiterin Undine Zühlke, die im von der Polizei behaupteten Zusammenhang mit der Drenkmann-Hinrichtung verhaftet wurde.

Klar ist, daß die Bourgeoisie mit dieser Geschichte wieder einmal versucht, die Partei als „Bande von Kriminellen" hinzustellen. Es ist keineswegs neu, sondern eine alte Erfahrung der Arbeiterbewegung, daß sie sich dabei auf lumpenproletarische Elemente stützt.

Vom Aufbau des Sozialismus

30 JAHRE BEFREITES ALBANIEN: WIRTSCHAFTSPLÄNE VORFRISTIG ERFÜLLT!

Am 29. November feiert Albanien den 30. Jahrestag der Befreiung und des Sieges der Volksrevolution. Am Vorabend dieses Festtages hat sich der revolutionäre Geist der Arbeiterklasse noch mehr gesteigert, die Aufgaben zu erfüllen, die sie zu Ehren des Jubiläumsfestes übernommen hat. Jeden Tag meldete die Presse neue Siege an allen Fronten der Produktion und der Arbeit.

Die Arbeiter in der Industrie erfüllten in den ersten zehn Monaten dieses Jahres den Plan. Die Ölindustrie erfüllte den Plan zu 101% und lieferte dem Land mehr Benzin, Schmieröle, Gasöl, Bitumen usw. Übererfüllt wurden auch die Pläne für die Kohleförderung, die Förderung von Eisen-Nickelerz, Kupferkonzentrat von Pyrith, für die Produktion von Kupferdraht, Walzeisen, chemischen Düngemitteln, gebrannter und Ätzsoda, der Maschinen- und Ausrüstungsproduktion. Die Leicht- und Konsumgüterindustrie versorgte das Land in der gleichen Zeit mit mehr Textilien, Schuhen, Gummistiefeln, Möbeln und Haushaltswaren und mit vielen anderen Gütern des täglichen Bedarfs. Die Erfolge geben, ebenso wie die Erfüllung des Plans der gesamten industriellen Produktion für die ersten vier Jahre des Fünfjahresplanes zu 101%, die feste Garantie für den erfolgreichen Abschluß der ganzen Fünfjahresperiode.

Der schnelle Aufstieg der industriellen Produktion ist das Ergebnis der korrekten Linie der Partei der Arbeit Albaniens in den letzten 30 Jahren für die Verwandlung Albaniens aus einem rückständigen Land, welches es in der Vergangenheit war, zu einem Industrie-Agrarland.

Über 50% der Kapitalinvestitionen des Landes sind in den vergangenen Fünfjahresplänen dafür verwendet worden, die Industrie zu entwickeln. Im neuen Fünfjahresplan, der 1975 abgeschlossen wird, sind dafür sogar 65,7% vorgesehen, insgesamt mehr als in vergangenen vier Fünfjahrespläne zusammen. So konnte in Albanien eine vollständig neue Industrie mit fortgeschrittener Technik und Technologie aufgebaut werden. **Ein großer Sprung vorwärts in der industriellen Entwicklung wurde besonders in den letzten 13 Jahren gemacht, als Albanien, nach dem Verrat der Sowjetrevisionisten, im Vertrauen auf die eigenen Kräfte den Sozialismus aufbaute und gegen die doppelte Einkreisung durch die Imperialisten und Revisionisten kämpfte.**

Albanien produziert jetzt in dreieinhalb Monaten soviel wie 1960 während des gesamten Jahres. Seit 1938 hat sich die Produktion um das 92-fache gesteigert. In Albanien werden jetzt neue Industriezweige entwickelt und die schon bestehenden der Schwerindustrie und der Veredelungsindustrie, wie z.B. der metallurgischen Industrie, der Veredelung von Schwerölen, der chemischen Industrie ausgebaut. Damit werden die Bedingungen für die Entwicklung des Maschinenbaus, der Petrochemie und anderer Industrien ebenso geschaffen wie für die Stärkung der ganzen Wirtschaft.

Im ganzen Land beteiligen sich die Werktätigen an der revolutionären Bewegung, um sich den Titel „Stoßkollektiv des 30. Jahrestages der Befreiung des Vaterlandes und des 5. Fünfjahresplanes" zu verdienen, an der sich allein in Tirana 130 wirtschaftliche und landwirtschaftliche Betriebe beteiligen. Viele Betriebskollektive haben sich das Ziel gesetzt, den Jahresplan schon bis zum 29. November zu erfüllen.

Was sind die Ursachen des Hungers in der Welt?

Hungerleichen in den Straßen von Bombay und Kalkutta, hohlwangige Kinder mit Wasserbäuchen und durch die Haut stehenden Rippen – solche Bilder können wir zur Zeit häufig in den bürgerlichen Zeitungen und Illustrierten sehen. In den dazugehörigen Artikeln und Bildunterschriften ist davon die Rede, daß die Bevölkerung der Entwicklungsländer in Anbetracht der „Begrenztheit der Naturvorkommen" zu schnell anwachse und daß die Entwicklungsländer unfähig seien, ihre Wirtschaft so zu entwickeln, daß sie ihre Bevölkerung ernähren können.

Diese „Theorien" von der „Bevölkerungsexplosion" und der „Unfähigkeit der Länder der 3. Welt" sollen in Wirklichkeit nur die tatsächliche Verantwortung der Imperialisten, besonders der beiden Supermächte, für den Hunger und das Elend auf der Welt verbergen. Denn wenn das schnelle Bevölkerungswachstum die Ursache für die Hungersnot in vielen Entwicklungsländern sein soll, wie ist es dann zu erklären, daß China, dessen Menschen vor der Befreiung häufig und schwer Hunger litten, heute sogar Getreide ausführen kann, obwohl seine Bevölkerung in den letzten 25 Jahren von 500 Millionen auf fast 800 Millionen angewachsen ist? Wenn die Ursache der Ernährungsprobleme in der Unfähigkeit der Länder liegen soll, ihre Wirtschaft zu entwickeln, wie ist es dann zu erklären, daß Albanien, das einst mit Recht als Armenhaus Europas bezeichnet wurde, heute ebenfalls keinen Hunger und kein Elend mehr kennt? Die sozialistischen Länder China und Albanien sind der glänzende Beweis für die Verlogenheit dieser imperialistischen „Theorien" und für die Tatsache, daß auch sehr arme und in tiefer Rückständigkeit gehaltene Länder gestützt auf die eigenen Kräfte in der Lage sind, alle bei der Ernährung ihrer Bevölkerung auftretenden Probleme zu lösen, wenn sie sich von der Ausplünderung und Unterdrükkung durch den Imperialismus befreit und ihre vollständige wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit gewonnen haben. **Die Ausplünderung durch den Imperialismus, besonders durch die beiden Supermächte, ist die hauptsächliche Ursache für die Not vieler Völker der 3. Welt.**

Gewiß ist es so, daß viele der Länder, in denen heute Hunderttausende den Hungerstod sterben, auch in früheren Zeiten von Hungersnöten heimgesucht wurden, aber diese Zeiten der Not waren die Folge von Mißernten und Naturkatastrophen und nicht die Regel. Unter normalen Bedingungen konnte die Bevölkerung dieser Länder auf der Grundlage der feudalen Produktionsweise zumindest ihr Leben fristen. Richtig ist auch, daß die koloniale Ausplünderung schon vor der Entstehung des Imperialismus, in vielen Ländern sogar vor der Entstehung des Kapitalismus eingesetzt hat. Aber der Kolonialismus hat von seiner vorkapitalistischen Form bis hin zum Kolonialismus und Neokolonialismus des Imperialismus heute seinen Charakter grundlegend verändert.

Der vorkapitalistische Kolonialismus raubte den Völkern, die er unterworfen hatte, ihre wertvollsten Schätze wie z. B. Gold, Silber, Seide und vor allem auch Arbeitskräfte (Sklaven). Als herrschende Schicht lebten die Kolonialisten als Großgrundbesitzer und Kolonialbeamte vom Schweiße des blutig niedergehaltenen Volkes. Darüber hinaus aber hatte der vorkapitalistische Kolonialismus kein Interesse daran, etwa die traditionellen Wirtschaftsformen dieser Länder zu zerstören, er „begnügte" sich damit, sich durch den Raub der Produkte der Arbeit dieser Völker und ihrer natürlichen Reichtümer zu bereichern.

Das änderte sich mit der Entwicklung des Kapitalismus in den Metropolen.

Der kapitalistische Kolonialismus raubt den Völkern nicht nur ihre Schätze zum eigenen Luxus, sondern er fällt auf der Jagd nach dem höchstmöglichen Profit in die Länder ein. Wenn z. B. ein Volk besonderes Geschick in der Fertigung handgewebter Tücher besitzt, dann interessiert es die Bourgeoisie nicht besonders, diese Tücher in die Metropole zu schaffen, wie es die vorkapitalistischen Kolonialisten getan hätten. Das macht sie höchstens mit einer relativ geringen Menge zur Deckung des Bedarfs der eigenen Klasse. Ansonsten zählt Kunstfertigkeit und handwerkliche Geschicklichkeit für die Bourgeoisie nichts. Für sie zählt nur die bare Münze. Der Kapitalist rechnet durch: in der Zeit, in der ein Tuch von Hand gewebt wird, produzieren meine Webmaschinen 1 000 Tücher, selbst wenn ich die Tücher zu einem Preis verkaufe, der um ein Drittel unter dem Preis der handgewebten Tücher liegt, mache ich einen Riesenprofit. Also „kauft" er zum Spottpreis die Baumwolle oder die Wolle und verarbeitet sie maschinell zu Tüchern, um sie dann in der Metropole und in den Kolonien auf den Markt zu werfen. Obwohl sein Preis um ein Vielfaches überhöht ist, ist er doch billiger als die einheimischen handgewebten Tücher. Die einheimischen Weber können gegen diese Konkurrenz nicht an und gehen zugrunde. So geht es mit allen Gewerben, einschließlich der Landwirtschaft. **Nachhaltiger noch als die Armeen der kapitalistischen Staaten, wieviel Leid sie den Völkern auch zufügen, verwüsten die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus diese Länder, indem sie unaufhaltsam deren feudale, kleinbürgerliche Produktionsweise und damit die Grundlage ihrer selbständigen Wirtschaft zerstören. Der Kapitalismus verwandelt die Kolonien in Rohstofflieferanten und Absatzmärkte und bringt sie völlig in Abhängigkeit von den Metropolen, indem er ihre selbständige Lebensgrundlage zerstört.**

Mit dem Eintritt des Kapitalismus in sein monopolistisches, imperialistisches Stadium erfährt die Ausplünderung und Versklavung dieser Länder erneut eine ungeheure Verschärfung. Zum einen nimmt die Ausplünderung nach dem Schema „die Länder zwingen, ihre Rohstoffe zu verschleudern und die Fertigprodukte zu überhöhten Preisen zu kaufen" ungeheure Dimensionen an, nachdem die Monopole sie in ihre Hände genommen haben. Das Anwachsen der Krisenerscheinungen in den kapitalistischen Ländern, die Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz, die Verschlechterung der Marktbedingungen für den Absatz der Waren treibt die Imperialisten dazu, die Ausplünderung der Entwicklungsländer immer rücksichtsloser voranzutreiben.

Die Konzentration und Zentralisation riesiger Kapitalien in den Händen einiger Monopole gibt den imperialistischen Räubern eine neue Waffe in die Hand: Kapitalexport. Die Monopole errichten Produktionsanlagen in den Ländern der 3. Welt. Vor allem Anlagen zur Rohstoffgewinnung und zur Herstellung von Halbfertigprodukten, aber so gut wie nie Anlagen zur Herstellung von Maschinen, also von Produktionsmitteln, weil die Imperialisten immer darauf bedacht sind, die Entwicklungsländer in unbedingter Abhängigkeit zu halten.

Zu der Ausplünderung über die ungleichen Geschäfte „Rohstoffe zu Schleuderpreisen – Fertigprodukte zu überhöhten Preisen" beuten die Imperialisten damit die Werktätigen der Entwicklungsländer direkt als Lohnarbeiter aus. Darüber hinaus schaffen sie die Transportwege, die sie zum Transport ihrer Waren und Rohstoffe benötigen. Das alles aber dient – auch wenn es die Imperialisten marktschreierisch als „Entwicklungshilfe" preisen – keineswegs der Entwicklung dieser Länder. Es dient ausschließlich den Interessen der Monopole und führt dazu, daß die Entwicklungsländer in noch stärkere Abhängigkeit vom Imperialismus geraten. Was haben die Stahlwerke, die der westdeutsche Imperialismus in Indien gebaut hat, was hat das VW-Werk in Brasilien zur Entwicklung dieser Länder beigetragen? Haben sie diese Länder in die Lage versetzt, ihre Rohstoffe und natürlichen Reichtümer selbst zu verwerten, haben sie dazu beigetragen, die Holzhacke gegen Eisenpflüge einzutauschen, haben sie diesen Ländern geholfen, den benötigten Kunstdünger selber zu produzieren, das brachliegende Land zu bewässern und Überschwemmungskatastrophen zu verhindern? **Nichts davon.** Diese Investitionen wurden und werden von den Monopolen in keiner Weise im Hinblick auf die Bedürfnisse dieser Länder, sondern ausschließlich wegen ihrer eigenen Profitinteressen getätigt. Wenige Kilometer von den von ihnen erbauten hochmodernen Produktionsanlagen entfernt beginnen die Slums, in die täglich tausende Menschen strömen, die sich durch Hunger und Elend gezwungen sahen, die Dörfer zu verlassen und die in den Städten nichts als Hunger und Elend erwartet.

Um die Entwicklungsländer ungestört ausplündern zu können, versuchen die Imperialisten alles, um diese Länder allseitig in Rückständigkeit zu halten. Während die bürgerliche Presse bei uns sich darüber aufregt, wie rückständig diese Länder sind und daß es darum kein Wunder ist, daß sie ihre Wirtschaft nicht entwickeln können, sind es in Wirklichkeit gerade die Imperialisten, die feudale Überreste gewaltsam am Leben erhalten, um die überkommenen reaktionären Herrschaftsstrukturen zur Unterdrükkung der Völker zu benutzen. Sie stützen sich dabei auf reaktionärste Regimes, die sie als Kettenhunde gegen die Völker benutzen.

Um die Regierungen und Staaten der 3. Welt in ihre Abhängigkeit zu bringen, benutzen die Imperialisten auch eine versteckte Form des Kapitalexports. Durch ihren Staatsapparat gewähren sie den Staaten sogenannte Kredite und Anleihen und machen die Staaten der 3. Welt so zu ihren Schuldnern – von den Zinsen, die sie kassieren, ganz zu schweigen.

Wenn die Imperialisten, allen voran die zwei Supermächte, auf internationalen Konferenzen ein lautes Geschrei über den Hunger und das Elend in der Welt anstimmen, dann ist das ein kaum zu überbietender Zynismus. Tatsache ist, daß die Imperialisten nicht nur die Schuld für das Hungerelend in vielen Ländern der 3. Welt trifft, sondern daß sie diese Hungersnöte auch noch direkt ausnutzen, ja sogar schüren, um die Entwicklungsländer in noch stärkere Abhängigkeit von sich zu bringen. **Es ist bekannt, daß beispielsweise der US-Imperialismus Weizen vernichtete, um ihn auf dem Weltmarkt knapp und teuer zu halten. Mit jeder Tonne Weizen, die der Imperialismus an die Entwicklungsländer liefert, sollen diese Länder gezwungen werden, sich noch tiefer in die imperialistische Abhängigkeit zu begeben.**

Gleichzeitig sehen sich die Entwicklungsländer der ständigen militärischen Bedrohung durch die Imperialisten, insbesondere durch die beiden Supermächte, ausgesetzt. Auch dort, wo der Militärstiefel des Imperialismus nicht direkt im Land steht, kreuzen die Flotten der Supermächte vor den Küsten. Mit allen Mitteln, einschließlich der militärischen Aggression, stellen sich die Supermächte gegen das Streben der unterdrückten Nationen nach Freiheit und Unabhängigkeit, aber gleichzeitig machen sie die Entwicklungsländer zum Schauplatz ihrer Rivalität im Kampf um die Weltherrschaft und versuchen sich gegenseitig die Herrschaft über diese Länder streitig zu machen und sie dem eigenen Herrschaftsbereich einzuverleiben.

Aber die Völker der 3. Welt sind gegen die Ausplünderung und Versklavung ihrer Länder durch den Imperialismus aufgestanden. Mit der Waffe in der Hand kämpfen eine große Anzahl von Völkern für die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Länder vom Imperialismus. Im Weltmaßstab schließen sich die Völker im Kampf gegen die beiden Supermächte zusammen und jede internationale Konferenz zeigt, daß die Supermächte heute in der Welt isoliert sind wie nie zuvor. Die Völker erkennen in zunehmenden Maße, daß die sogenannte „großzügige Hilfe" der imperialistischen Mächte sie nur noch tiefer in Elend und Unterdrükkung stößt und daß Hunger und Elend nur zu besiegen sind, wenn die imperialistischen Räuber geschlagen werden.

Fest an ihrer Seite stehen heute Volkschina und das rote Albanien, Länder, deren Menschen selbst Hunger und Elend gelitten haben, die aber heute, nachdem sie ihre Länder im bewaffneten Kampf vom Imperialismus befreit haben und selbst die Herren ihrer Länder sind, nicht nur Hunger und Elend gebannt haben, sondern einer Zukunft mit steigendem Wohlstand für alle entgegengehen.

Grussadresse des ZK der KPD/ML zum 30. Jahrestag der Befreiung und des Triumphs der Volksrevolution in Albanien

Genosse Enver Hoxha
1. Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens

Genosse Haxhi Lleshi
Präsident des Präsidiums der Volksversammlung

Genosse Mehmet Shehu
Vorsitzender des Ministerrates der VR Albanien

Zum 30. Jahrestag der Befreiung und des Triumphes der Volksrevolution entbietet das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten der Partei der Arbeit Albaniens, der Regierung der Volksrepublik Albaniens und dem gesamten albanischen Volk seine herzlichsten und brüderlichsten Kampfesgrüße.

Während die gesamte kapitalistische und revisionistische Welt von heftigen wirtschaftlichen und politischen Krisen geschüttelt wird, blickt das albanische Volk am 30. Jahrestag seiner Befreiung voller Stolz auf die großartigen Erfolge, die es unter der Führung seiner ruhmreichen marxistisch-leninistischen Partei der Arbeit mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze beim Aufbau des Sozialismus, bei der Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften und der Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes errungen hat. Aus dem einst armen und rückständigen Albanien wurde in diesen 30 Jahren durch die aufopferungsvolle Arbeit des albanischen Volkes und durch die weise Führung der Partei der Arbeit das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa,das vor den Augen des internationalen Proletariats und der Völker der Welt unwiderlegbar die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber Kapitalismus und Revisionismus dokumentiert.

Diese Erfolge sind dem albanischen Volk nicht in den Schoß gefallen und sie sind ihm nicht durch die Gunst irgendwelcher Großmächte geschenkt worden. Vielmehr hat das albanische Volk diese Siege unter den Bedingungen der imperialistisch-revisionistischen Einkreisung im harten Kampf errungen. Am 30. Jahrestag der Befreiung Albaniens rufen wir deutschen Kommunisten den Arbeitern, werktätigen Bauern und den anderen Werktätigen unseres Landes zu: „Schaut auf Albanien, von Albanien lernen, heißt siegen lernen.'

Das albanische Volk schreitet von Sieg zu Sieg, weil es von einer wahrhaft revolutionären marxistisch-leninistischen Partei, der Partei der Arbeit, geführt wird, an deren Spitze der große Marxist-Leninist, Genosse Enver Hoxha steht. Die Partei der Arbeit hat konsequent den Marxismus-Leninismus verteidigt und ist in der Bekämpfung des modernen Revisionismus und aller anderen antimarxistischen Strömungen immer an vorderster Front gestanden. Stählern ist sie mit den albanischen Volksmassen verbunden und niemandem wird es gelingen, Partei und Volk Albaniens zu trennen.

Unter der Führung seiner Partei und des Genossen Enver Hoxha hat das albanische Volk die Waffen gegen die ausländischen Ausbeuter und Unterdrücker gerichtet. Mit der Waffe in der Hand hat sich das albanische Proletariat im Bündnis mit der Bauernschaft und anderen werktätigen Volksschichten die politische Macht erobert und die Volksmacht, die Diktatur des Proletariats, über alle Feinde des Volkes errichtet und so die Grundlage für die breiteste Demokratie des Volkes geschaffen.

Auch unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats halten sich die albanischen Werktätigen an die große Lehre des Marxismus-Leninismus, an die Weisung der Partei und des Genossen Enver Hoxha, daß die Fortführung und weitere Entfaltung des Klassenkampfes an allen Fronten das wichtigste Mittel ist, um die Diktatur des Proletariats gegen alle inneren und äußeren Feinde zu verteidigen und zu festigen.

Im Kampf für die Befreiung des Vaterlandes und für den Aufbau des Sozialismus folgte und folgt das albanische Volk unter der Führung seiner Partei der Arbeit stets dem Prinzip, auf die eigene Kraft zu vertrauen und setzte Politik und Ideologie stets an die erste Stelle.

Zum 30. Jahrestag der Befreiung Albaniens wird unsere Partei das leuchtende Vorbild des Kampfes des albanischen Volkes unter der Führung der ruhmreichen Partei der Arbeit und des Genossen Enver Hoxha verstärkt unter den werktätigen Massen unseres Landes propagieren und ihnen sagen, daß sie den Weg, den das albanische Volk vorangeht, ebenfalls beschreiten müssen, um das Joch von Ausbeutung und Unterdrückung abzuschütteln.

Die Volksrepublik Albanien ist ein unbeugsamer Sprecher der Völker der Welt im Kampf gegen den Imperialismus, besonders gegen die beiden Supermächte, den US-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus. Von der Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft geht gegenwärtig die Hauptgefahr für einen neuen imperialistischen Weltkrieg aus. Gleichzeitig stimmen diese gegenwärtig größten imperialistischen Räuber ein großes Geschrei über „Frieden, Entspannung und Abrüstung" an, um die Völker zu täuschen und in falscher Sicherheit zu wiegen. Die Volksrepublik Albanien aber reißt ihnen die Maske vom Gesicht und enthüllt ihre gegen die Völker gerichteten aggressiven Pläne und Ziele. „Wir suchen die Freundschaft der Völker und nicht die ihrer Unterdrücker" – diese proletarisch-internationalistische Haltung verschafft der Volksrepublik Albanien täglich neue Freunde. Die Volksrepublik Albanien war es, die als einziger Staat Europas ihre Stimme gegen die sogenannte „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" erhob, die nichts anderes ist als eine Konferenz, auf der die beiden Supermächte versuchen, ihre Herrschaft über Europa zu festigen und auszubauen.

Der deutsche Imperialismus hat schwere Verbrechen gegen das albanische Volk begangen und er schuldet der Volksrepublik Albanien immer noch Reparationen in Milliardenhöhe. Die VR Albanien dagegen betreibt gegenüber dem deutschen Volk eine zutiefst gerechte Politik. Sie unterstützt die gerechten nationalen Interessen unseres Volkes gegen die beiden Supermächte, die unser Land besetzt halten, und sie entlarvt schonungslos den aggressiven Charakter der westdeutschen Imperialisten, die die Werktätigen unseres Landes ausbeuten und unterdrücken.

Die Volksrepublik Albanien leistet eine große internationalistische Hilfe für den Fortschritt der sozialistischen Revolution in unserem Land. Täglich hören viele Tausende in beiden deutschen Staaten und Westberlin das deutschsprachige Programm von Radio Tirana und schöpfen daraus Klarheit und Mut für den Kampf. Das gleiche gilt für die deutschsprachigen Zeitschriften und Bücher, durch die das albanische Volk den Kampf des deutschen Volkes für seine soziale und nationale Befreiung unterstützt. Für diese großartige Unterstützung sagen wir der Partei der Arbeit und dem albanischen Volk an diesem großen Festtag Dank.

Das albanische Volk wird unter der Führung der Partei der Arbeit und des Genossen Enver Hoxha auch in Zukunft auf dem Weg des vollständigen Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft siegreich vorwärtsschreiten, ein leuchtendes Vorbild für unsere Partei und die Werktätigen unseres Landes in unserem Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Es lebe die ruhmreiche Partei der Arbeit Albaniens mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze!

Es lebe die Volksrepublik Albanien, das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa!

Es lebe das heroische albanische Volk!

Es lebe der Marxismus-Leninismus und der proletarische Internationalismus!

Es lebe die deutsch-albanische Freundschaft!

Mit kommunistischen Grüßen
Zentralkomitee der KPD/ML
Vorsitzender Ernst Aust

Mit gezogener Pistole gegen Genossen

Während der Demonstrationen und Kundgebungen in Hamburg am Tag der Beerdigung von Genossen Holger Meins, nahm die Polizei insgesamt zehn Genossen fest. Sie wurden in die Kaserne der Polizeischule Alsterdorf transportiert, die die Polizei extra leergeräumt hatte, um möglichst viele Gefangene einsperren zu können. Ein Hamburger Genosse schilderte uns die Verhaftung eines Genossen in Hamburg-Altona:

„Am Tag von Holger Meins' Beerdigung machten wir nachmittags eine Kundgebung im Einkaufszentrum von Hamburg-Altona. Anschließend diskutierten wir noch mit den Passanten über die Ermordung Holger Meins', verteilten Flugblätter und verkauften den ROTEN MORGEN. Plötzlich kamen drei uniformierte Polizisten und etwa vier Zivilspitzel. Die Uniformierten griffen sich ohne ersichtlichen Grund einen Verteiler aus der Menge der Passanten. Diese waren sehr empört und einige setzten sich mit uns zur Wehr. Ich zog einen Polizisten am Arm und warf seine Mütze in den Dreck. Sofort packte mich ein anderer von hinten am Hals und hielt mich fest. Ich konnte mich aber befreien und lief dann weg. **Als ich etwa zehn Meter gerannt war, hielt mich eine ältere Frau am Ärmel und rief: „Renn doch nicht weg! Wehr dich doch! Die haben noch einen! Geh' wieder hin und hau' drauf!" Sie hatte recht. Ich konnte die Genossen nicht im Stich lassen. Ich kehrte um und half ihnen.**

Plötzlich entwickelte sich folgende Situation: zwei Uniformierte schleppten mit Hilfe von Zivilen einen Genossen weg. Der dritte Uniformierte rannte hinter einem Genossen her. Wir folgten, um dem Genossen zu helfen. Als wir ihn erreichten, hatte er sich weit von den anderen Polizisten entfernt und wir sagten, er hätte sowieso keine Chance gegen uns, er sollte zurückgehen. **Da zog er vollkommen unvermittelt seine Pistole, entsicherte sie und richtete sie abwechselnd auf den Genossen und mich. Wir standen etwa zwei Meter von ihm entfernt, genau vor dem Haupteingang von Neckermann.** Der Polizist zielte eiskalt auf die Brust. Wir drehten uns um und riefen: ‚Der Polizist schießt! Vorsicht! Er hat eine Pistole!' und rannten ins Kaufhaus. Die Leute sprengten entsetzt auseinander, als uns der Polizist mit gezogener Pistole durch Neckermann verfolgte. Wir waren jedoch schneller und konnten in der Menge untertauchen.

Daß der Polizist nicht geschossen hat, war wohl nur eine Frage des Zufalls und der Angst, er könne dabei noch mehr Neckermannbesucher umlegen. **Eines ist mir vollkommen klar geworden: Dieser Polizist war sich vollkommen sicher, daß ihm nichts passieren würde, wenn er einen von uns abgeknallt hätte.** Er stand vor uns wie ein Killer.

Völlig falsch wäre es, den Vorfall als Zeichen der Stärke der Polizisten und des Staates zu deuten. **Den Polizisten stand der Angstschweiß im Gesicht, da alle gegen sie waren.** Außerdem – warum beauftragt der Staat die Polizisten zu solchen Einsätzen? Aus purer Angst, daß wir die Wahrheit über die Ermordung von Holger Meins verbreiten. Ich meine, daß diese Kundgebung mit diesem brutalen Ausgang den Passanten gezeigt hat, daß dieser Staat vor nichts zurückschreckt, um die Ausbeuterordnung aufrechtzuerhalten."

Faschisierung wird vorangetrieben...

Fortsetzung von Seite 1

Wenn Justizminister Vogel in diesem Zusammenhang bereits ankündigt, daß der Hauptprozeß gegen die Genossen der RAF ohne sie stattfinden wird, dann ist das das offene Eingeständnis, daß es der Bourgeoisie nicht gelungen ist, an den politischen Gefangenen erfolgreich eine „Gehirnwäsche" durchzuführen. Um die revolutionäre Kraft der RAF-Genossen zu brechen, Aussagen von ihnen zu erpressen, hat die Bourgeoisie die Untersuchungshaft und damit die Isolierfolter immer weiter verlängert – ohne Ergebnis. Die jetzt von der Innenministerkonferenz beschlossene Änderung der Strafprozeßordnung bedeutet darum nichts anderes, als daß es für Revolutionäre, die durch Folter psychisch und physisch zu Grunde gerichtet wurden, die aber als Revolutionäre standhaft geblieben sind, keine Prozesse mehr geben soll. Das aber ist nichts anderes als die Praxis des Volksgerichtshofes.

Die modernen Revisionisten der D„K"P versuchen die Empörung, die in der Bevölkerung nach der Ermordung des Genossen Holger Meins entstanden ist und die Empörung über die wachsende Faschisierung, wie sie auch im Betrieb und auf der Straße zu spüren ist, in die Irre zu lenken. Dabei wollen sie die Unsicherheit, die in Teilen der Arbeiterklasse über die Hinrichtung von Drenkmann immer noch vorhanden ist, auszunutzen für ihr altes Lied von der Gewalt, die den Faschismus provoziert.

Es ist entlarvend und zeigt den wahren Zweck solcher Theorien, wenn in der UZ, der Zeitung der D„K"P, neben einem Leserbrief, der diese Linie vertrat, ein Brief abgedruckt wurde, in dem gejammert wurde, daß man jetzt wieder Kommunisten und Gewalt in einem Atemzug nennen würde. Denn was diese Theorie der Arbeiterklasse einreden soll, ist ja, daß der Staat nicht ein Gewaltinstrument zur Unterdrückung der Arbeiterklasse ist, sondern vielmehr ein neutrales, friedfertiges Ding, das erst dann auf die Seite der Reaktion, des sogenannten Rechtskartells ausschlägt, wenn es durch Revolutionäre provoziert wird. So soll die Arbeiterklasse an den imperialistischen Staatsapparat gekettet werden, soll ihr eingeredet werden, die einzige Möglichkeit, den Faschismus zu verhindern, nämlich die bewaffnete Revolution, bringe ihr nicht Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung, sondern produziere im Gegenteil zwangsläufig den Faschismus.

Eine solche Propaganda aber hat keinen anderen Zweck, als es der Bourgeoisie zu ermöglichen, ihre Faschisierungsmaßnahmen ohne den Widerstand der Arbeiterklasse durchzusetzen, sie soll die Werktätigen gegen die Revolutionäre und Kommunisten aufhetzen und so verhindern, daß sich die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen um die KPD/ML zusammenschließen und mit ihr unter der Losung „Tod dem Faschismus" für den Sieg der sozialistischen Revolution kämpfen.

Kampf der bürgerlichen Klassenjustiz

FRANKFURT:

Seit dem 8.11.74 befanden sich die beiden türkischen Genossen Himmet Subasi und Yildirim Dagyeli im Hungerstreik gegen die ständige Verschleppung ihres Prozesses. Obwohl die Staatsanwaltschaft nach eigenen Angaben ihre Ermittlungen gegen die beiden wegen § 129 bereits im Mai abgeschlossen hatte, wurde die Untersuchungshaft der beiden türkischen Antifaschisten und Patrioten immer wieder verlängert. Auf Grund dieses Hungerstreiks, der von der ATÖF und der Partei unterstützt wurde, sah sich die Bourgeoisie gezwungen zu reagieren. Nach vier Tagen wurde Anklage gegen die Genossen erhoben. Gleichzeitig aber wurde Himmet Subasi von Frankfurt in ein Gefängnis nach Kassel verschleppt. Das rief den Protest seiner Mithäftlinge hervor, deren Stationssprecher er ist. Die Genossen haben den Hungerstreik inzwischen abgebrochen, nachdem ihre Forderung teilweise erfüllt ist. Die ATÖF und die Partei werden den Kampf für den Freispruch der angeklagten Genossen weiterführen.

FRIEDRICHSHAFEN:

Mitte der letzten Woche wurden in Friedrichshafen zwei Genossen an ihrem Arbeitsplatz von der Polizei festgenommen und auf die Wache geschleppt. Ein ROTER MORGEN und Exemplare eines ROTE HILFE-Flugblattes wurden beschlagnahmt. Gleichzeitig wurde ihnen eröffnet, daß man gegen sie wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" ermittle. Einen Hausdurchsuchungsbefehl, den sie auf Grund dessen ausgestellt haben wollten, wurde allerdings verweigert. Die Partei hielt zu diesem Angriff am Samstag eine Kundgebung ab, bei der 400 Flugblätter verteilt und zahlreiche gute Diskussionen geführt werden konnten. Ein Kollege spendete spontan 5 DM.

Genosse Ernst Aust und Gernot Schubert vor Gericht

Nieder mit dem Parlamentarismus

Am Donnerstag fand in Hamburg, vor einem völlig überfüllten Zuschauerraum, der Prozeß gegen die Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert statt. Die beiden Genossen wurden von der Klassenjustiz angeklagt, weil der ROTE MORGEN, dessen verantwortlicher Redakteur Genosse Aust war und dessen Verleger Genosse Schubert ist, aus Anlaß der Steiner-Wienand-Affäre in einem Artikel unter der Überschrift „Bonner Parlamentarier korrupt bis auf die Knochen" das Parlament als Schwatzbude entlarvte die von den Volksmassen auseinandergejagt werden muß; sie stellten fest, daß die Abgeordneten in diesem Parlament nichts anderes als Huren des Kapitals sind.

Der Prozeß hat gezeigt, daß sich die Bourgeoisie hier an einer empfindlichen Stelle getroffen fühlte, und daß die Klassenjustiz selbst unter Brechen ihrer eigenen Gesetze die Genossen zu Geldstrafen (für Genossen Ernst Aust 2 000 DM und für Genossen Schubert als Verleger 1 500 DM) verurteilte. Der ganze Prozeß war jedoch eine Anklage gegen die Bourgeoisie und ihr Parlament, war eine Anklage gegen die Klassenjustiz, die nicht im Namen des Volkes, sondern im Namen des Kapitals Recht spricht.

Genosse Ernst Aust stellte eingangs in seiner Rede fest, daß dieses Hamburger Amtsgericht aus zweierlei Gründen für die Verhandlung dieser Anklage nicht zuständig ist. Zum einen ist es so, daß entweder der Justizminister Vogel, wenn er behauptet, in der Bundesrepublik werde keiner wegen seiner politischen Meinung verfolgt, ein Lügner ist – oder dieser Prozeß, in dem es um die Verfolgung von der politischen Meinung der Kommunisten geht, sofort abgesetzt werden muß. Zum anderen handelt es sich bei der Propaganda im ROTEN MORGEN, daß das bürgerliche Parlament zerschlagen werden muß, nicht um die Meinung eines Redakteurs, sondern um eine programmatische Frage der KPD/ML, in deren Statut jedes Parteimitglied verpflichtet wird, für die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates zu kämpfen. Die KPD/ML ist nicht verboten, sie kann auch vom Amtsgericht Hamburg nicht verboten werden, sondern nur vom Bundesverfassungsgericht. Solange sie jedoch nicht verboten ist, kann sie aufgrund der Propaganda ihres Programmes auch nicht verfolgt werden, stehen ihre Funktionäre, ihre Mitglieder und Anhänger unter dem Schutz des Parteienprivilegs. Genosse Aust stellte fest: **Aber wenn es um die Verfolgung von Kommunisten geht, dann brechen sie ihre eigenen Gesetze, indem sie ihre eigene Verfassung als ein Stück Lokuspapier betrachten, was sie unserer Meinung nach auch ist."** Genosse Ernst Aust wies nach, daß mit diesem Prozeß nicht nur unsere Partei in einer grundlegend programmatischen Frage von der Klassenjustiz angegriffen wird, sondern daß dieser Prozeß zeigt, daß die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus – deren Bestandteil die Zerschlagung der bürgerlichen Parlamente ist – in diesem Staat nicht ungestraft propagiert werden kann. Der Richter war nicht dazu in der Lage, auch nur einen einzigen Punkt der Rede des Genossen Aust zu widerlegen. Er beschränkte sich darauf, die entsprechend gestellten Beweisanträge abzulehnen.

Genosse Schubert belegte anhand zahlreicher Beispiele, daß dieses Parlament korrupt bis auf die Knochen ist, und daß seine Abgeordneten Huren des Kapitals sind, womit ausgesagt werden soll, daß sie sich für Geld an bestimmte Interessengruppen der Kapitalisten verkaufen. Das Gericht mußte zugeben, daß diese Behauptung einen „Tatsachenkern enthält". Er zeigte auf, daß es kein Zufall ist, daß ein Schreibtischmörder wie Wienand noch immer im Parlament sitzt, sondern daß er auch dort hingehört. Wienand hatte Pech, daß an die Öffentlichkeit drang, daß er durch seine geheimen Verträge mit Paninternational sich bei den Flugkontrollbehörden dafür stark machte, daß diese Gesellschaft nicht kontrolliert wurde. Ein abgewirtschaftetes Flugzeug stürzte ab, was 22 Menschen das Leben gekostet hat. Würde man Wienand jedoch strafrechtlich verfolgen – so würde er sicherlich auspacken über seine Herren Kollegen und deren Beraterhonorare.

Genosse Schubert zeigte anhand verschiedener Beispiele, daß sogar bürgerliche Politwissenschaftler, die ganz sicher dieses System nicht stürzen, sondern erhalten wollen, festgestellt haben, daß dieses Parlament nichts anderes als eine Schwatzbude ist – auch wenn sich diese Wissenschaftler dabei äußerst vornehm unverständlich ausdrücken: z. B. erklärte der Politologe Euler: „Das Parlament ist nach solchen Auffassungen, die auf gewiß nicht aus der Luft gegriffenen Beobachtungen beruhen, ein funktionsloser Appendix der Herrschaftsordnung, der nur deshalb nicht abgeschafft wird, um den Bürgern den Schein zu lassen, sie besäßen in ihrem Parlament noch eine wirkungsvolle Mitwirkungs- und Kontrollinstanz." **Er zeigte auf, daß wir Kommunisten im Gegensatz zu diesen bürgerlichen Politologen deswegen verfolgt werden, weil wir die Wahrheit über dieses Parlament unter den Massen verbreiten, und ihnen den revolutionären Ausweg – der nur über die Zerschlagung dieses Parlaments und dieses ganzen Staates geht – aufzeigen.**

Auch an diesem Punkt der Beweisführung zeigte sich, daß dieses Gericht vollständig in der Defensive war. Es ging sogar so weit, den Antrag des Verteidigers Köncke auf Anhörung des völlig bürgerlichen Politologen Prof. Eschenburg abzulehnen, der über bestimmte Praktiken des Parlaments aussagen sollte.

Genosse Aust stellte – an den Richter und Staatsanwalt gewendet – in seinem Schlußwort fest, daß zwar heute sie im Namen der Bourgeoisie uns verurteilen können, daß sie jedoch eines Tages auf der Anklagebank sitzen werden, da sie doch einem Gangstersyndikat, diesem Staat dienen.

Außer den genannten Geldstrafen enthält das Urteil noch die Verpflichtung, Urteil mit Begründung auf der ersten Seite des ROTEN MORGEN abzudrucken. Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt. Noch vor der Begründung des Urteils verließen Genosse Aust und Genosse Schubert, zusammen mit den Zuschauern die Internationale singend, den Gerichtssaal.

Nieder mit den Lügen der Bourgeoisie...

Fortsetzung von Seite 1

Es ist gezielte Hetze, die den Boden bereiten soll, um weitere politische Gefangene umzubringen. Es ist der Versuch, die Bevölkerung zu verhetzen, um für die Zukunft gegenüber politischen Gefangenen in jeder Hinsicht freie Hand zu haben.

Warum denn dieser „Aufwand"? Warum wird denn die Forderung der im Hungerstreik stehenden politischen Gefangenen nicht erfüllt, warum wird die Isolationsfolter nicht aufgehoben, obwohl zehntausende in Resolutionen, Protestbriefen, auf Demonstrationen und Kundgebungen dafür kämpfen? Weil die Bourgeoisie mit dem Anwachsen des Klassenkampfes nicht darauf verzichten kann, in ihren Gefängnissen eine wachsende Zahl von Revolutionären zu foltern, sie psychisch und physisch zu zerbrechen. Auch bei den Genossen der RAF ist es ihr Ziel sie klein zu kriegen oder zu vernichten, sei es durch Isolationsfolter, sei es während des Hungerstreiks. Nur damit sie sich nach dem Mord die Hände reinwaschen kann: „Wir haben alles getan...", wird jetzt von einem „großen Aufwand" geschrien.

Und wer da nicht mitschreit, wer auch nur die Tatsache feststellt, daß es Isolationsfolter gibt, der wird der „Unterstützung von Kriminellen" bezichtigt. Dabei richtet die Bourgeoisie auch ihre eigenen Reihen aus.

Seit z. B. bei Werner Höfers Frühschoppen ein Journalist sagen konnte, die politischen Gefangenen sollten in ihrem Hungerstreik weitermachen, seitdem wird selbst der erzreaktionäre Höfer, einer der Chefs der bürgerlichen reaktionären Propaganda, als „APO-Opa", als „altgeworden" usw. scharf angegriffen. Oder zum Beispiel der Kirchenführer Scharf, der Ulrike Meinhof besuchte, um sie zu beschwatzen, den Hungerstreik aufzugeben, wird allein deshalb schon angegriffen: „Handgranaten im Talar" (Bildzeitung). Beide sind Leute aus dem Lager der Bourgeoisie. Aber sie haben offensichtlich noch nicht mitbekommen, daß der Wind jetzt schärfer weht, daß die Bourgeoisie die eigenen Reihen ausrichtet.

Auch in den Gefängnissen wird jetzt aufgeräumt: wer mit den Methoden der Bourgeoisie nicht einverstanden ist, wer auch nur einen Funken Sympathie mit dem Kampf der politischen Gefangenen hat, ob als Arzt, Betreuer, usw., wird hinausgesäubert. Die Sozialarbeiterin Undine Zühlke, sowie der Vikar Cornelius Burghardt, beide in der evangelischen Gefängnishilfe, wurden nach der Hinrichtung des Richters Drenkmann festgenommen wegen „Nichtanzeige eines geplanten Verbrechens" sowie „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" und in Untersuchungshaft genommen. Dies, obwohl von vornherein klar war, daß keiner von beiden mit der Hinrichtung Drenkmanns zu tun gehabt hat. Hier wurde ein Exempel statuiert, das alle Gefängnisangestellten einschüchtern soll.

Isolierhaft, das heißt völlige Abgeschirmtheit vom Kontakt mit anderen Menschen, Beschränkung der Kommunikation auf einige Stunden in der Woche mit dem Anwalt – heißt in einer Monotonie zu leben, die den Menschen auf die Dauer psychisch und physisch zugrunde richtet: ständig gleichbleibende Beleuchtung, gleichbleibende Temperatur, keine Geräusche – nur die Wärter usw., die jeden Tag zur selben Stunde mit dem Schlüssel klirren.

Es ist wissenschaftlich erwiesen, daß diese Monotonie, diese Abgeschirmtheit von anderen Menschen, unter Qualen bis zum Tode führt. Wissenschaftliche Experimente haben gezeigt: Wenn Menschen nur wenige Stunden in totaler Schallisolation verbringen, tragen sie bereits Dauerschäden davon. **In Hamburg-Eppendorf gibt es ein besonderes Institut, in dem diese Methoden untersucht und weiterentwickelt werden. Und in den Gefängnissen wird systematisch diese Entwicklung der Wissenschaft angewandt.** Wie diese Folter wirkt, zeigt das Beispiel der Genossin Astrid Proll, die nach jahrelanger Isolierhaft schwerkrank wegen völliger Haftunfähigkeit entlassen werden mußte. Viele Gefangene sind jahrelang in Isolierhaft gewesen: Heinrich Jansen drei Jahre sieben Monate, Horst Mahler drei Jahre sechs Monate, Bernhard Baum über ein Jahr, Ulrike Meinhof monatelang, Holger Meins war ebenfalls jahrelang in Isolationshaft. Alle politischen Gefangenen in Westberliner oder in westdeutschen Haftanstalten sind für einen kürzeren oder längeren Zeitraum isoliert gewesen.

Gegen diese Isolierung, die ihren revolutionären Kampf brechen soll, richtet sich der Kampf der politischen Gefangenen. Sie haben – im Gefängnis dem Gewalt- und Terrorapparat der Bourgeoisie ausgeliefert – keine andere Möglichkeit zu kämpfen, als daß sie in den Hungerstreik treten, um so ihr letztes einzusetzen, um als Revolutionäre weiterkämpfen zu können. Dieser Kampf ist gerecht und muß unterstützt werden.

Weg mit der Isolationsfolter!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

UNO-Resolution zur Palästina-Frage

Die gerechte Sache ist auf dem Vormarsch!

Die 29. Vollversammlung der UNO hat zur Palästina-Frage einen Entschließungsantrag von 20 arabischen Staaten und 17 blockfreien Ländern verabschiedet. Die Resolution bestätigt das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung ohne Einmischung von außen und spricht ihm das Recht zu, in seine Wohnungen und Besitztümer, von denen es vertrieben und entwurzelt wurde, zurückzukehren. In der Resolution werden alle Staaten und internationalen Organisationan aufgerufen, den Kampf des palästinensischen Volkes um seine Rechte zu unterstützen.

Die Annahme dieser Resolution der arabischen und einiger blockfreier Länder zeigt, wie sehr die israelischen Zionisten in der Welt isoliert sind und wie die gerechte Sache des palästinensischen Volkes auf dem Vormarsch ist.

Die israelischen Zionisten reagierten auf die UNO-Resolution mit der zynischen Erklärung, es handle sich ja nur um eine Resolution, die sie für sich nicht als bindend betrachten würden. Das zeigt, wie recht der chinesische Delegierte Tjiao Kuan-hua hatte, als er zu Beginn der Generaldebatte betonte, daß letztlich nicht die UNO-Resolution, sondern nur der Kampf des palästinensischen Volkes und der arabischen Völker ihre Rechte verwirklichen können.

Die israelischen Zionisten haben gerade in den letzten zwei Wochen wiederum bewiesen, daß es keine „friedlichen Verhandlungen" mit ihnen geben kann. **Noch während der israelische UNO-Delegierte die Palästinenser als „Terroristen" und „Verbrecher" hinstellte, war es die Regierung der israelischen Zionisten, die mit einem neuen Aggressionskrieg gegen Syrien drohte. Sie mobilisierte ihre Streitkräfte, warf, entgegen dem Entflechtungsabkommen, schwere Kampfeinheiten und Panzer an die syrische Grenze...** Die israelische Regierung verlangte von Syrien unter Androhung des Krieges, das Abkommen über die Anwesenheit von UN-Truppen in der sogenannten Pufferzone zu verlängern.

Was die israelischen Zionisten damit erreichen wollten, ist offensichtlich: Die Okkupation Palästinas und der anderen arabischen Gebiete zu verewigen. Freiwillig — das haben sie immer wieder betont — werden die Zionisten diese Gebiete niemals räumen. Die UN-Truppen, die von den beiden Supermächten dorthin beordert wurden, sollen aber die Garantie dafür sein, daß die arabischen Länder ihr Recht nicht mit militärischer Gewalt erringen. Sie wurden bewußt von beiden Supermächten dort stationiert, um den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker zu sabotieren.

Neben ihren Kriegsdrohungen haben die israelischen Zionisten ebenfalls erneute Überfälle auf den Libanon gestartet. Mit Kriegsmarine und Artillerie griffen sie insbesondere palästinensische Flüchtlingslager im Süden Libanons an, darunter ein Lager, in dem 15 000 Palästinenser, die gewaltsam von den Zionisten aus ihrer Heimat vertrieben wurden, leben müssen. **Dieses Vorgehen offenbart, daß das Konzept der israelischen Zionisten für die Palästinenser lautet: Ausrottung des palästinensischen Volkes!**

Doch auch wenn die israelischen Zionisten — ausgerüstet mit Milliarden amerikanischer Dollars für die Rüstung und hochmodernen US-Waffen und gestützt auf zehntausende Sowjetbürger, die die sowjetischen Sozialimperialisten nach Israel auswandern lassen — mit neuer Aggression drohen und den starken Mann im Nahen Osten spielen, so sind sie mehr als je zuvor geschwächt: Auf internationaler Ebene sind die Zionisten isoliert wie nie zuvor. Die arabischen Völker sind, ermutigt durch ihre großen Erfolge während des Oktoberkrieges jederzeit bereit, dem zionistischen Feind noch größere Schläge zu versetzen. Und auch im Innern Israels isolieren sich die Zionisten immer mehr. **Die Bevölkerung wehrt sich gegen die ständige Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse, gegen die schweren Lasten der israelischen Aggression, die sie zu tragen haben. Und vor allem wird der Widerstand des palästinensischen Volkes in den von Israel besetzten Gebieten immer stärker. Immer lauter ertönt der Ruf: „Palästina gehört uns!"**

Die antizionistischen Demonstrationen und Streiks, die seit einigen Tagen am westlichen Jordanufer stattfinden, haben sich ausgedehnt. Am 20. November traten die Einwohner der Stadt Ramallah 30 km nördlich von Jerusalem in den Ausstand. Die Geschäfte blieben geschlossen, Schüler und Studenten verweigerten den Schulbesuch. In Jericho und in Bir Zeit wollten Schüler eine Protestdemonstration gegen die israelischen Okkupanten durchführen. Sie wurde von israelischen Soldaten, die gegen sie eingesetzt wurden, mit brutaler Gewalt auseinander getrieben. Die israelischen Besatzungsbehörden verschärfen immer weiter den Terror gegen die Bevölkerung, um Herr der Lage zu bleiben. In Ramallah, in Jericho und anderen Städten wurden mehrere hundert Personen verhaftet, um die Bevölkerung einzuschüchtern und den Kampf gegen die israelischen Okkupanten abzuwürgen. Fünf Palästinenser wurden im Verlauf der Aktionen deportiert und in den Libanon abgeschoben. Mehreren Geschäften, die während des Streiks sich dem Protest angeschlossen hatten und ihre Läden schlossen, wurde der Handel untersagt. Aber diese Maßnahmen der Zionisten rufen den immer stärkeren Widerstand des palästinensischen Volkes gegen die Unterdrückung hervor.

Die letzte Stunde der israelischen Zionisten hat noch nicht geschlagen, dem palästinensischen und den anderen arabischen Völkern stehen noch große Kämpfe bevor. Doch von Aktion zu Aktion, von Kampf zu Kampf wird der israelische Zionismus geschwächt, geht das palästinensische Volk, gehen die arabischen Völker ihrem Sieg entgegen. Die Unterstützung der Völker der Welt, sowie auch immer mehr der Länder der Dritten Welt, ist ihnen dabei gewiß.

Indochina:

Neue erfolgreiche Schläge gegen den Feind

In Südvietnam setzen die Angehörigen verschiedener Gesellschaftsschichten in den von Saigon kontrollierten Gebieten ihren Kampf gegen die Diktatur, die Kriegslüsternheit und Korruption der Thieu-Clique fort und verlangten ihren sofortigen Rücktritt.

Die vor kurzem gegründete „Volksfront gegen den Hunger und zur Rettung der Nation" vergrößert ihren Einfluß. Allein in Hue nahmen 2 000 Menschen an der Gründungsversammlung der Volksfront teil, obwohl die Polizei der Thieu-Clique die Teilnehmer bedrohte und am Besuch der Versammlung hindern wollte. In verschiedenen Städten demonstrierten die Massen gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch das Thieu-Regime. Die Lage dieses Marionettenregimes des USA-Imperialismus wird täglich aussichtsloser.

Dennoch setzt die Thieu-Clique ihre Aggressionen gegen die befreiten Gebiete fort. Aber alle Versuche, die befreiten Gebiete zu zerstückeln, in ihnen illegale Stützpunkte zu errichten, scheitern an der Wachsamkeit des vietnamesischen Volkes und zerbrechen unter den Schlägen der Volksbefreiungsarmee. In den ersten beiden Novemberwochen setzte die Volksbefreiungsarmee ca. 1 500 Marionettensöldner außer Gefecht und zerstörte 12 feindliche illegale Stützpunkte.

Am 13. November veröffentlichte Khieu Samphan, Vizeministerpräsident und Minister für Landesverteidigung der Königlichen Regierung der Nationalen Union von Kambodscha eine Botschaft an das kambodschanische Volk, in der er dem ganzen Volk und besonders den Volksbefreiungsstreitkräften herzlich zu den glänzenden Siegen über die Lon Nol-Verräterclique gratuliert. **In der Botschaft heißt es, daß das heroische kambodschanische Volk und seine Volksbefreiungsstreitkräfte wiederholt heftige Angriffe gegen den Feind auf den Schlachtfeldern um Phnom Penh und in anderen Gebieten geführt haben, indem sie den Geist des unerschrockenen Kampfes entfalteten und keine Opfer scheuten.** Auf diese Weise konnten über 60 000 Marionettensöldner der Lon Nol-Clique vernichtet werden und die befreiten Gebiete ausgedehnt und gefestigt werden.

Streiks in Spanien:

Militante Kämpfe gegen die Franco-Polizei

In Spanien hat sich die Streikbewegung über das ganze Land ausgeweitet und nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch Teile der Bauern, der Studenten und Professoren, der Lehrer usw. erfaßt. Hunderttausende beteiligten sich an den Streiks, Versammlungen und Demonstrationen. Immer wieder kommt es zu militanten Kämpfen gegen die faschistische Franko-Polizei, die die Streikbewegung brutal zu unterdrücken versucht.

Seit dem 11. November streiken die Arbeiter der SEAT-Werke in Barcelona. Jeden Tag versammeln sich Tausende vor den Werkstoren und führen Demonstrationen in das Stadtzentrum und zu anderen Betrieben durch. Dem Streik der SEAT-Arbeiter schließen sich in den nächsten Tagen auch 1 000 Arbeiter von Olivetti und 4 — 5 000 Arbeiter von Siemens an. Um den Kampf der Arbeiter zu unterdrükken, hat das Franko-Regime in Barcelona eine große Zahl von Polizeitruppen zusammengezogen und die wichtigsten Straßen und Plätze von Einheiten besetzen lassen. In den Straßen patroullieren Polizeitrupps mit Maschinenpistolen. Mehrmals versucht die Polizei, die Demonstranten mit Tränengas und Schüssen, die sie über die Köpfe der Arbeiter hinweg abgab, aufzulösen. Als die politische Polizei während der Demonstration am 13. November versucht, mit gezückten Pistolen einen Arbeiter zu verhaften, riefen Genossen der KPSp/ML dazu auf, diese Verhaftung nicht zuzulassen. **Daraufhin stürzten sich die Massen auf die Polizisten, verletzten zwei von ihnen, davon einen schwer, nahmen ihnen die Pistolen weg, stürzten ihr Fahrzeug um und gaben ihnen die verdiente Strafe.** Die Arbeiter von SEAT setzen ihre Demonstrationen fort. Sie fordern jetzt die sofortige Freilassung von drei verhafteten Kollegen.

Zur gleichen Zeit streiken 3 000 Arbeiter von Chrysler in Madrid. Hier hatten die FRAP, die OSO und andere Organisationen am 10. November zu einer Demonstration in den Straßen von Getafe und im Viertel von Simanacas aufgerufen, an der sich über 1 000 Menschen beteiligten.

In allen diesen Kämpfen schliessen sich die Werktätigen immer mehr um die KPSp/ML, die FRAP und die OSO zusammen.

"Nieder mit der 'Iran-Woche' des Schah-Regimes!"

Die Föderation Iranischer Studenten in der DBR und in Westberlin (FIS) — Mitglied der CISNU — veröffentlichte jetzt einen Aufruf: „Gegen die 'Iran-Woche' des Schah-Regimes!" in dem sie alle fortschrittlichen Menschen und Organisationen auffordert, diese vom faschistischen Schah-Regime in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung in mehreren Städten der Bundesrepublik geplante Propagandaschau als Täuschungsmanöver über die elende Lage der Volksmassen im Iran und über den faschistischen Terror des Schah-Regimes zu entlarven. Die FIS ruft gleichzeitig zu einer Demonstration am 30. November in Köln auf, die um 12 Uhr am Neumarkt beginnt. In dem Aufruf heißt es unter anderem:

„Dieses Millionenspektakel wird in einer Zeit aufgeführt, in der die Geschäfte des westdeutschen Imperialismus im Iran auf Hochtouren laufen. Der westdeutsche Imperialismus ist am Iran interessiert und versucht, dort seinen imperialistischen Einfluß zu erweitern. In den vergangenen Monaten hat er mit dem Schah-Regime Millionenverträge abgeschlossen. Als stärkster Handelspartner des Iran setzen die BRD Monopole auf die Herrschaft des faschistischen Schah-Regimes und gewähren ihm allseitige Unterstützung."

In dem Aufruf wird darauf hingewiesen, daß die fortschrittlichen Iraner in der Bundesrepublik und vor allem die „Conföderation Iranischer Studenten" (CISNU) einer immer stärkeren Unterdrückung durch die westdeutschen Behörden ausgesetzt sind. Die Unterdrückungsmaßnahmen, wie z.B. die Verbote von Demonstrationen der CISNU, werden offen mit der „Gefährdung der freundschaftlichen Beziehungen" mit dem Iran und der Gefährdung der „Belange der Bundesrepublik" durch die CISNU begründet.

Der Aufruf geht dann auf die beiden Supermächte ein, den USA-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus:

„Das iranische Regime redet über Entwicklung und Fortschritt des Irans. Wie aber sieht die Wirklichkeit aus: Der Iran ist ein vom Imperialismus abhängiges Land. Die imperialistischen Länder, an der Spitze die USA, plündern rücksichtslos die Reichtümer des Irans und verhindern systematisch seine Entwicklung. Auch die Sowjetunion beteiligt sich an der Ausbeutung der iranischen Volksmassen. (...)

Garant für die imperialistische Ausbeutung des Iran ist das reaktionäre Schah-Regime. Durch die imperialistische Ausplünderung ist der Iran trotz seiner Reichtümer und anderer günstiger Voraussetzungen ein unterentwickeltes und armes Land."

Der faschistische Terror ist das einzige Mittel des Schah-Regimes für die Aufrechterhaltung seiner Herrschaft, zur Unterdrückung der Kämpfe der Werktätigen für die Verbesserung ihrer Lebenslage und des Freiheitskampfes der Völker. Jede Woche werden im Iran zwei Oppositionelle hingerichtet, 40 000 politische Gefangene werden in den Gefängnissen gefoltert.

Weiter heißt es dann in dem Aufruf, daß das Schah-Regime als Handlanger vor allem des USA-Imperialismus mit 11 000 Soldaten einen Vernichtungskrieg gegen die Revolution am arabischen Golf führt und versucht, die unter der Führung der PFLO befreiten Gebiete wieder dem imperialistischen Machtbereich einzuverleiben. Der Aufruf schließt unter anderem mit folgenden Parolen:

Es lebe die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem iranischen Volk! US-Imperialisten und alle anderen Imperialisten — raus aus dem Iran! BRD-Imperialismus raus aus dem Iran! Nieder mit dem faschistischen Schah-Regime! Es lebe der Kampf des Volkes im Iran für Freiheit, Unabhängigkeit und soziale Revolution!

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 50 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7.23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz Mittelwelle
206 Meter entspricht 1,456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 20.00
21.00 - 22.00
Immer: 43,7 42,8 und 26,2 Meter

Unterrichtsstunde in Bremer Schule:

"Da haben sie wohl die Richtigen verjagt!"

Korrespondenz. Ich arbeite als Lehrerin an einer Grundschule in Bremen. Inwieweit die Schüler im Alter von 12-13 Jahren in der Lage sind, die Lebensbedingungen ihrer Arbeitereltern im Kapitalismus zu erkennen und den einzigen Ausweg, die Revolution unter Führung der Arbeiterklasse zu unterstützen, möchte ich an folgendem Beispiel klarmachen:

Ich nahm neulich in einer Deutschstunde eine Geschichte durch, bei der ein Fernfahrer durch Übermüdung beinahe in einen schweren Unfall verwickelt wurde. **Sogleich entbrannte eine rege Diskussion, bei der ein Schüler erklärte, daß es nicht Schuld des Fahrers sei, wenn er den Unfall verursacht hätte, sondern daß der Unternehmer, der seine Arbeiter nachts und ohne Beifahrer stundenlang fahren läßt, die eigentliche Schuld habe. Der Unternehmer hätte ja nur ein Interesse: daß die Fahrer Tag und Nacht unterwegs sind und nach Möglichkeit keinen Beifahrer haben, weil dies ja Geld kosten würde (der Vater des Schülers ist Fernfahrer).**

Sogleich berichteten Schüler von ihnen bekannten Betriebsunfällen, die durch die ständige Arbeitshetze hervorgerufen werden. Unter anderem berichtete eine Schülerin von dem Vater ihrer Freundin, der kürzlich mit einem Gabelstapler tödlich verunglückt ist.

Als ein Schüler meinte, durch die Arbeitshetze werden aber doch auch die Waren immer schlechter (er zeigte auf seine kaputten Schuhe), antwortete ihm ein anderer Schüler, daß es den Kapitalisten egal ist, ob die Waren schlechter werden, hauptsache er kann sie verkaufen und seinen Profit scheffeln.

Schließlich fragte eine Schülerin: „Warum gehört den Arbeitern, die ihre Knochen dafür hergeben, nicht der Gewinn?" Ich erklärte den Schülern, daß im Kapitalismus nur die Bonzen reicher werden, den Arbeitern aber geht es immer schlechter (ein Großteil meiner Schüler mußte z. B. die Ferien zuhause verbringen). Ich erzählte ihnen über China und Albanien, wie die Arbeiter dort leben und daß sie keine Kapitalisten brauchen, um ein glückliches Leben führen zu können, im Gegenteil; darauf fragte eine Schülerin: „Wie können wir es hier erreichen, daß es auch so ähnlich wird wie in China und Albanien? Wie haben die es denn geschafft?" Ich erzählte ihnen von der Revolution und der Vertreibung der Bonzen aus China durch die Arbeiterklasse und die Bauern. Einige Schüler meinten, da haben sie wohl die Richtigen endlich verjagt. Wenn man die erschießt, wäre keiner denen eine Träne nach. **Ein Schüler meinte, das Wichtigste ist, daß man das allen Arbeitern und Bauern erzählt, was sie nur tun können, damit sie nicht mehr unterdrückt und ausgebeutet werden und dann brauchen alle auch keine Angst mehr vor Krieg zu haben.**

Als ich erzählte, daß dies in den Betrieben und unter den Bauern auch geschieht, war er sehr beruhigt. Er meinte nur, die Kinder müssen aber auch mit in den Kampf einbezogen werden.

Dortmund / Bochum:

Aktionen gegen NPD-Kundgebungen

Am Samstag, den 23.11.74, hatte die NPD in Bochum und in Dortmund zu Großkundgebungen aufgerufen. In beiden Städten versuchten die NPD-Redner, die Empörung der Massen über die Regierung in Bonn und die bürgerlichen Parteien angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit auszunutzen, um die Notwendigkeit eines „starken Mannes" zu propagieren. Wie schon in der Weimarer Republik, versuchen sich offen faschistische Organisationen wie die NPD oder die „Jungen Nationaldemokraten" auch heute mit allen Mitteln als „Arbeiterparteien" auszugeben. Sie besaßen in Bochum die Frechheit, eine Fahne mit sich herumzutragen, die offensichtlich der Fahne unserer Partei nachgemacht war (Rote Fahne, gelber Stern mit der Aufschrift „JN"). In Dortmund versuchten sie, die Bevölkerung zu täuschen, indem sie über Lautsprecher die Melodie des „Solidaritätsliedes" spielten.

In beiden Städten allerdings nahm die Partei den Kampf gegen die faschistischen „Großkundgebungen" auf, zu denen sich rund 30 – 50 Mann eingefunden hatten. In Bochum hielt die Partei schon vor Beginn der Faschistenversammlung eine Kundgebung ab, auf der ein Redner der Partei vor allem darauf einging, daß das verstärkte Auftreten der offenen Faschisten kein Zufall ist, sondern Ausdruck der zunehmenden Faschisierung des Staates in der Bundesrepublik. Die Faschisten versuchten zunächst, diese Kundgebung zu stören, zogen sich dann aber zurück und hielten ihre Kundgebung unter starkem Polizeischutz an einem anderen Ort als vorgesehen ab.

In Dortmund war die Polizei von vorneherein mit sieben Mannschaftswagen aufgefahren, um die NPD-Kundgebung zu schützen. Einige Flugblattverteiler der NPD wurden von den Passanten sofort in empörte Diskussionen verwickelt. Genossen der Partei und der GRF begannen, Parolen gegen sie zu rufen. Teilweise gelang es, den Faschisten Stapel ihrer Flugblätter aus der Hand zu reißen und zu verbrennen. Kurz darauf ging die Polizei brutal gegen die Genossen, aber auch gegen Passanten vor. **Ein Polizist: „Ihr müßt gezielt auf die Köpfe schlagen, damit sie gleich wegsacken."** Mehrere Genossen wurden bei diesem Polizeieinsatz verletzt, fünf wurden festgenommen. Die Festgenommenen wurden auch auf der Wache zum Teil noch brutal mißhandelt. Angesichts dieses Terrors der Polizei gelang es zwar nicht, die Faschistenkundgebung zu verhindern, aber es wurden weiter Sprechchöre gerufen und in einer weiteren Kundgebung in der Innenstadt zeigte ein Redner der Partei, daß auch dieser faschistische Polizeiüberfall gezeigt hat, daß der Kampf gegen den Faschismus keinesfalls im Vertrauen auf die „bürgerliche Demokratie" geführt worden war, sondern nur erfolgreich sein konnte, wenn er sich unter der Parole „Tod dem Faschismus" gegen diesen imperialistischen Staatsapparat richtet.

Kampf gegen Kernkraftwerk in Wyhl:

"Wer Wind sät, wird Sturm ernten, wer Sturm sät, wird im Orkan untergehen."

Am Sonntag, den 10.11., protestierten in Sasbach am Oberrhein im nördlichen Kaiserstuhl rund 5 000 Weinbauern aus dem ganzen Kaiserstuhl mit einer Kundgebung gegen das Kernkraftwerk (KKW) Wyhl, das ca. 3 km von Sasbach entfernt gebaut werden soll, und gleichzeitig gegen das Bleichemiewerk in Marckolsheim auf der gegenüberliegenden französischen Rheinseite. Schon am 6.11.74, sofort nachdem bekannt wurde, daß der Bau des KKW durch Wirtschaftsminister Eberle genehmigt worden war, hatten einige hundert Kaiserstühler Winzer mit ihren Traktoren eine interne Sitzung des CDU-Landtagsfraktionsvorstandes in Kiechlingsbergen im Kaiserstuhl eingekesselt.

Was ist der Grund für diese berechtigte Empörung der Bauern?

Der Bau des Kernkraftwerkes Wyhl wird unmittelbar eine Verelendung der Bevölkerung zur Folge haben. Denn durch die Abgase der geplanten Industriewerke, die radioaktive Verseuchung und die Nebelbildung des KKWs und seiner beiden Kühltürme (ein Kühlturm verdampft allein 60 000 t Wasser pro Tag) wird der Weinbau vernichtet. Da die relative Luftfeuchte in diesem Gebiet sowieso schon sehr hoch ist, bedeutet zusätzliche Feuchtigkeit eine erhebliche Verschlechterung des gesamten Klimas: weniger Sonnentage, dafür mehr Nebeltage und, wenn die Temperatur unter 0^{0} C sinkt, Schnee.

Dazu kommt, daß der ohnehin schon stark verschmutzte Rhein als Kühlwasser dienen soll. Er erwärmt sich dabei um mehrere Grad, verliert noch mehr Sauerstoff und vollends die Fähigkeit, sich zu regenerieren und das biologische Gleichgewicht herzustellen. Außerdem werden mit dem verdampften Rheinwasser Abermilliarden von krankheitserregenden Keimen in die Luft abgelassen. Allein ein Kubikzentimeter Rheinwasser hat 1,2 Millionen Keime.

Nicht weniger verheerend für das menschliche, tierische und pflanzliche Leben in diesem Gebiet ist der geplante Bau des Bleichemiewerkes in Marckolsheim. Er würde die Luft so sehr mit Blei verseuchen, daß jegliche Vegetation im Umkreis von 1.5 km gänzlich absterben würde. Am 1.10.74 sollte mit dem Bau dieses Werkes begonnen werden. Aber gleich nach Bekanntwerden des Termins wurde der Bauplatz von der Bevölkerung besetzt. 4 000 deutsche und französische Bauern fuhren mit ihren Traktoren auf den Platz, den EG-Bossen zum Trotz, die ja keine Gelegenheit auslassen, um die Bauern der europäischen Länder gegeneinander aufzuhetzen. Als die französische Bourgeoisie daraufhin keinen deutschen Bauern mehr über die Grenze lassen wollte, blockierten deutsche und französische Bauern gemeinsam die Grenze und erzwangen so ihre Wiedereröffnung.

Auf der deutschen Rheinseite führte der Kampf der Bevölkerung, besonders der Bauern, ebenfalls zum Erfolg. In Breisach wurde der Bau eines KKW bereits verhindert. Ministerpräsident Filbinger, der neben seinem Präsidentenposten auch noch den eines Vorstandes im Badenwerk (Energiewerk) bekleidet: **„Die Landesregierung Baden-Württemberg werde in jedem Fall an dem (neuen) Standort Wyhl festhalten, wenn man – nach Breisach – erneut nachgäbe, wäre es aus mit der Planung von Kernkraftwerken."** (Badische Zeitung, 9.11.74)

Die Bauern im Kaiserstuhl haben aus Breisach und Marckolsheim gelernt. Sie sind entschlossen, ihre Existenz, ihre Heimat zu verteidigen und den Bau des KKW Wyhl zu verhindern.

Das kam auf der Protestkundgebung deutlich zum Ausdruck. Den meisten Beifall erhielten die Redner, die von vornherein den Standpunkt vertraten, das KKW wird auf keinen Fall gebaut und das Baugelände wird besetzt. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien, Bürgermeister und Führer des Weinbauernverbandes versuchten, diese Kampfbereitschaft in reformistische Bahnen zu lenken. Und sie alle warnten, man solle auf keinen Fall „Gewalt provozieren" und nur passiven Widerstand leisten. **Was ein Teil der fortschrittlichen Bauern von solchen Reden hielt, sprach einer von ihnen aus: Wer Wind sät, wird Sturm ernten, wer Sturm sät, wird im Orkan untergehen.**

Andere sagten unseren Genossen in persönlichen Gesprächen, daß sie die Nase voll hätten vom Weinbauernverband, der die Bauern hinhalten und betrügen würde. Ein Bauer trug ein Plakat mit sich, auf dem unter der Aufschrift: „Das sind die Mörder des Kaiserstuhl!" Fotos vom Bürgermeister und von den Gemeinderäten von Wyhl zu sehen waren, die für die Gemeinde Wyhl über die Zustimmung zum Bau des KKW entscheiden müssen. Eine weitere Parole: „Hier sich wehren, heißt die Heimat ehren!" drückte neben der Kampfbereitschaft die tiefe Liebe der Bauern zu ihrem Vaterland aus. Ein Bauer forderte Genossen der Partei, die dort waren, auf, weiterhin mitzuarbeiten, auch in der Leitung.

Wenn auch noch viele der Bauern Illusionen haben und glauben, daß sich auf legalem Weg, mit Hilfe des Staates, die Interessen der Bauern durchsetzen lassen, so ist doch ein allgemeines, großes Interesse an der revolutionären Politik der Partei festzustellen. Unsere Genossen berichteten:

„Unsere Flugblätter, die Extrablätter des ROTEN MORGEN zur Bauernfrage und die ROTEN MORGEN sind uns förmlich aus der Hand gerissen worden. Die Vertreter des Bauernverbandes wollten uns zunächst daran hindern, kommunistische Agitation und Propaganda zu machen: man dürfe die Veranstaltung nicht politisieren, außerdem bestünde sowieso kein Interesse. Aber noch ehe sie ganz „ausdiskutiert" hatten, waren unsere Flugblätter bereits vergriffen."

Während unsere Genossen die fortschrittlichen Bauern darin bestätigten, daß nur mit revolutionärer Gewalt die kapitalistische Industrialisierung des Kaiserstuhls verhindert werden kann und erklärten, daß die Probleme der Bauern sich schließlich nur durch die sozialistische Revolution lösen lassen, schürte der „Kommunistische" Bund Westdeutschlands noch vorhandene Illusionen und versuchte, die Bauern an den imperialistischen Staat und an den Weinbauernverband zu ketten. So hieß es z.B.: „Die Arbeiterklasse an der Spitze der ganzen werktätigen Bevölkerung muß die Macht haben..., (deshalb) Rechenschaftspflicht..." oder „Der Wille des Volkes muß entscheidend sein"... deshalb „Volksvertreter". Worauf solche revisionistischen Parolen hinauslaufen, zeigte sich unter anderem daran, daß der „K"BW entgegen den Forderungen der meisten Bauern propagierte: „kein KKW in besiedelten (!) Gebieten!". Welche Blüten der Opportunismus dieser Leute treibt, zeigte sich daran, daß die Führer des „K"BW ein „demokratisches Bündnis" mit den Führern des Bauernverbandes schlossen, auf kommunistische Agitation und Propaganda zu verzichten.

Als Erfolg des konsequenten Kampfes der ganzen Bevölkerung ist es zu werten, wenn jetzt, am 12.11.74, der Bürgermeister und der Gemeinderat von Wyhl zugestehen mußten, daß in einem Bürgerentscheid abgestimmt werden soll, ob das Industriegebiet des Ortes Wyhl zum Bau des KKW verkauft werden soll. Allerdings braucht man sich über den praktischen Nutzen eines solchen Bürgerentscheids keine Illusionen zu machen. Auch hier existiert ein Weg, der es den Kapitalisten im Endeffekt doch erlaubt, ihre Pläne durchzusetzen: die Gemeinde Wyhl kann nämlich kurzerhand enteignet werden, wenn es „im Interesse der Gemeinschaft" notwendig ist. Letztlich wird also ein Volksentscheid die Interessen der Bevölkerung nicht durchsetzen können, das kann nur der revolutionäre Kampf der Werktätigen. Der nächste Schritt wird dabei sein: Das Industriegelände besetzen. Die Mehrzahl der Bauern hat auf der Kundgebung gezeigt, daß sie dazu bereit ist!

Parteibüros der KPD/ML

Bielefeld:
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1, Öffnungszeiten Mo. 16.30 – 18.30, Do. 16.30 – 18.30, Fr. 16.30 – 18.30, Sa. 9.00 – 13.00

Bremen:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Sa. 9.00 – 13.00 Uhr, Mi. 16.00 – 19.00 Uhr

Dortmund:
Wellinghofer Str. 103, Tel. 0231/41 13 50, Öffnungszeiten Mo – Fr. 14.00 – 18.00 Uhr, Sa. 9.00 – 13.00 Uhr

Hamburg:
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel. 040/43 99 137, Öffnungszeiten: Mo – Fr. 15.00 – 18.30 Uhr, Sa. 9.00 – 13.00 Uhr

Hannover:
Elisenstr. 20, Öffnungszeiten: Di und Do. 16.30 – 19.00 Uhr, Sa. 9.00 – 13.00 Uhr. Tel. 0511/44 51 62.

Kiel:
„Thälmann - Buchladen", Reeperbahn 13, Tel. 0431/74 762, Öffnungszeiten: Mo – Fr. 15.00 – 18.30 Uhr, Sa. 9.00 – 13.00 Uhr

Lübeck:
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten Mo – Fr. 16.00 – 18.00 Uhr, Sa. 9.00 – 13.00 Uhr

Mannheim:
Lortzingstr. 5, Öffnungszeiten Mo. – Fr. 17.00 – 18.30 Uhr, Sa. 9.00 – 13.00 Uhr, Tel 0621/37 67 44.

München:
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2 Thalkirchner Str. 19, Tel 089/77 51 79, Öffnungszeiten: Mo – Fr. 14.30 – 18.30 Uhr, Sa. 9.00 – 13.00 Uhr

Stuttgart:
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel. 0711/43 23 88, Öffnungszeiten: Mo – Fr. 16.30 – 18.30 Uhr, Sa. 9.30 – 13.00 Uhr

Westberlin:
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10, Tel. 030/462 60 18, Öffnungszeiten: Mo – Fr. 14.30 – 18.30 Uhr, Sa. 10.00 – 14.00 Uhr

Parteiveranstaltungen

Veranstaltungen
zum 30. Jahrestag
der Befreiung Albaniens

MANNHEIM:
29. 11. 1974, 19 Uhr, Gaststätte „Tivoli", Riedfeldstraße/Ecke Pflügersgrund.
Ausstellung: 29. 11., 18 Uhr, am gleichen Ort.

KIEL:
29. 11. 1974, 19 Uhr in der Ostseehallengaststätte.

OBERHAUSEN:
27. 11., Gaststätte „Grenzhaus", Oberhausen-Osterfeld, Vestische Straße 189.